

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhof 4196/4195



Redaktion für Briefe und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders bestimmt ist. Schriftleitung für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 24. Februar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Nazi-Agenten.

Die KPD als Wegbereiterin des Faschismus.

SPD. Die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung", bekannt als das Organ der Scharfmacher, hat in ihrer Nummer 88 vom 22. Februar der Kommunistischen Partei bescheinigt, dass sie "praktisch eine wertvolle Hilfsstruppe des Bürger-tums" sei. Für diesen Satz braucht kein weiterer Beweis geliefert zu werden, nachdem die Kommunistische Partei heute wie bei der Reichspräsidentenwahl vom Jahre 1925 einen Zählkandidaten in der Gestalt Thälmanns aufgestellt hat. Es handelt sich um eine reine Zählkandidatur, und das nicht einmal im strengen Sinne; denn das Beispiel der letzten Präsidentenwahl hat gezeigt, dass ein Plebiszit von einer allgemeinen politischen Volkswahl in mancher Hinsicht unterschieden ist. Die Aufstellung einer solchen völlig aussichtslosen Kandidatur ist die Haltung von Leuten, die an der grossen politischen Entscheidung, die jetzt in Deutschland fallen muss, aktiv nicht teilnehmen wollen. In der Tat führt diese Haltung zu einer offenen Begünstigung der faschistischen Reaktion.

Die Zählkandidatur Thälmanns ist eine Tatsache, mit der die Hitler und Hugenberg rechnen. Sie stellen sie in ihre taktischen Ueberlegungen ein, und zwar buchen sie diese Kandidatur restlos für sich. Die Stimmen der kommunistischen Wähler sind ein fester Posten in der Rechnung Hitlers. Wenn die Faschisten damit rechnen müssten, dass diese Stimmen wirklich gegen sie abgegeben würden, so wären alle ihre taktischen Ueberlegungen von vornherein sinnlos.

Der Kriegsplan der Faschisten rechnet mit einem ersten und einem zweiten Wahlgang. Es schwebt ihnen noch das Beispiel der Präsidentenwahl von 1925 vor Augen. Damals erreichte im ersten Wahlgang keiner der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit. Zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang wurden dann Verhandlungen über Einheitskandidaturen geführt. Nach langem Hin und Her wurden Marx und Hindenburg aufgestellt. Das Ergebnis der Wahl war, dass Hindenburg gewählt wurde, weil die Kommunisten auch im zweiten Wahlgang, der die Entscheidung allein zwischen zwei Kandidaten fällt, ihre Zählkandidatur aufrecht erhalten hatten.

Der Plan der Faschisten ist nun zunächst, über den ersten Wahlgang hinwegzukommen, ohne dass eine Entscheidung fällt. Diese Hoffnung ist reichlich kühn. Nach den Stimmzahlen, die bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 abgegeben worden sind, entfielen damals auf die Partei, die heute hinter der Kandidatur Hindenburgs steht, 21,5 Millionen Stimmen. Auf die Nationalsozialisten entfielen 6,5 Millionen Stimmen, auf die Deutschnationalen - also auf die Gruppen, die heute die Kandidatur Duesterberg unterstützen - 2,4 Millionen Stimmen. Insgesamt stehen also 8,9 Millionen faschistische Stimmen gegen 21,5 Millionen Hindenburg-Stimmen. Die Faschisten rechnen nun ihrer Stimmzahl die Thälmann-Stimmen hinzu; sie kommen damit auf insgesamt 13,5 Millionen Stimmen. Fast man für den ersten Wahlgang diese Zahlen ins Auge, so müsste schon gegenüber 1930 eine ausserordentlich starke Kräfteverschiebung eingetreten sein, wenn im ersten Wahlgang Hindenburg nicht glatt gewählt werden sollte. Die Faschisten hoffen auf eine solche Verschiebung. Die erste Voraussetzung ihrer Rechnung aber

ist; dass die kommunistischen Stimmen für die faschistischen Pläne gebucht werden können.

Für den zweiten Wahlgang rechnen die Faschisten damit, dass jede Stimme, die auf einen kommunistischen Zählkandidaten fällt, praktisch wie eine Stimme zugunsten des faschistischen Kandidaten wirkt, so wie das 1925 der Fall gewesen ist.

Die kommunistischen Führer sind sich vollständig darüber im klaren, dass ihre Taktik bei der Präsidentenwahl auf eine Unterstützung des Faschismus hinausläuft. Es ist dieselbe Taktik, die sie wiederholt in Frankreich und in England angewandt haben. Es ist die Stichwahlparole für den reaktionärsten faschistischen Kandidaten. Diese Parole entspricht der allgemeinen Parole: Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie! Der Hass gegen die Sozialdemokraten treibt die kommunistischen Führer so weit, dass sie selbst den offenen Sieg des Faschismus als Kaufpreis für einen Schlag gegen die Sozialdemokratie bezahlen wollen. Das ist allerdings die radikalste Methode des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, dass man ihren faschistischen Gegner unterstützt und zur Errichtung einer faschistischen Diktatur beiträgt! Wenn der Faschismus erst einmal die politischen Rechte und die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft zerschlagen hat, wenn er das in Jahrzehnte langem Kampfe eroberte kulturelle Niveau der Arbeiterschaft zerstört hat, dann ist allerdings gleichzeitig auch die Sozialdemokratie, die von den kommunistischen Führern so ingrimmig gehasst wird, auf das schwerste getroffen: siehe Italien unter Mussolini! Mit ihr ist zugleich die gesamte Arbeiterklasse, die Sache des Rechts und der Freiheit, niedergeworfen. Und wo sind dann die Kommunisten, die Helfer der Helfer des Faschismus, die dem Faschismus in den Sattel geholfen haben? Sie sind nicht vorhanden - siehe Italien - und Sache der Sozialdemokratie ist es dann erst wieder, in mühsamer Arbeit von unten auf den Kampf aufs neue aufzunehmen.

Versteht man jetzt, warum die Scharfmacherpresse die Kommunistische Partei eine wertvolle Hilfsgruppe nennt? Wer für Thälmann stimmt, stimmt für Hitler!

SPD. Genf, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

In der ersten Sitzung des Allgemeinen Ausschusses der Abrüstungskonferenz erklärte der französische Ministerpräsident Tardieu am Mittwoch in Beantwortung der verbindlichen Rede des deutschen Delegationsführers Nadolny, dass Frankreich an den Prinzipien des Konventionsentwurfes nicht rütteln lassen werde. Damit ist die Konferenz vor die Alternative gestellt, sich dem Willen der abrüstungsfeindlichen Rechtsmehrheit Tardieus zu beugen, oder an ihren wichtigsten Aufgaben zu scheitern.

Immer wieder griff Tardieu an, ungeheuer scharf pointiert hämmerte er seine suggestiven Sätze in die Versammlung. Er legte seine ganze Energie in diese erste Intervention, um sofort die Führung an sich zu reißen und den Weg der Kommission festzulegen. Henderson stemmte sich dem Eindruck der widerstandslosen Bevormundung des Ausschusses entgegen, indem er mit unerschütterter Unparteilichkeit Litwinow das Recht zusprach, trotz der höhnischen Anträge Tardieus und des Belgiers Hymans erst am Donnerstag-Vormittag seinen Plan ausführlich zu entwickeln, da er in dieser Sitzung nicht darauf vorbereitet sein könne. Die von dem englischen Aussenminister vorgelegte Entschliessung, dass die Frage am Donnerstag-Vormittag nach Ablehnung des Abänderungsversuches von Litwinow diskutiert werde, enthält die Annahme des vorbereitenden Konventionsentwurfes als Grundlage der Arbeit. Trotzdem Deutschland in der vorbereitenden Abrüstungskommission von 1930 diesen Entwurf abgelehnt hat,

liess es jetzt seine Bereitschaft erklären, ihn als Rahmen der Aussprache anzunehmen.

Als Berichterstatter der Allgemeinen Kommission wurde auf Vorschlag von Henderson der tschechische Aussenminister Benesch gewählt.

SPD. Darmstadt, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Hessischen Landtag wurde am Mittwoch ein nationalsozialistischer Antrag, über den sozialdemokratischen Innenminister Leuschner die Gehaltssperre zu verhängen, mit den Stimmen der Nazis und Kozis angenommen. Der Beschluss bleibt allerdings ohne praktische Folgen, da er verfassungswidrig ist.

Gegen den Justizminister Kirnberger (Ztr) wurde im Zusammenhang mit der Freisprechung des Nationalsozialisten Stier in der Grossgerauer Arbeitermordaffäre ein kommunistischer Misstrauensantrag unter Stimmenthaltung aller übrigen Parteien angenommen. Während der Debatte hierüber beschuldigte Abg. Galm der kommunistischen Opposition den Naziabgeordneten Dr. Best, sich eines Mordversuchs an einem separatistischen Redakteur in Mainz gerüht zu haben. Best gab das zu mit der Einschränkung, er habe sich nur identifiziert mit den ihm befreundeten Personen, die den Redakteur "umlegen" wollten, was allerdings missglückt sei.

Unter allgemeinem Hallo des Hauses zogen die Nazis schliesslich ihren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum "Mordanschlag auf den Abg. Buttler" zurück. Der Abg. Galm der kommunistischen Opposition machte sich jedoch den Antrag zu eigen, sodass die parlamentarische Untersuchung dieses Selbstverstümmelungsfalles doch noch durchgeführt werden dürfte. Bemerkenswert ist noch, dass die Kommunisten einen sozialdemokratischen Antrag: Bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, damit die Länder ermächtigt würden, Zahlungen zur Fürstenabfindung bis zu einer Neuregelung vorläufig einzustellen, mit den Nazis ablehnten.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Generaldirektoren der Schultheiss-Patzenhofer A.G. unternahm am Mittwoch Rechtsanwalt Alsberg einen scharfen Vorstoss gegen den Zeugen Direktor v. Stauss, der Katzenellenbogen durch seine Aussage aufs schwerste belastet hat.

Der Verteidiger Katzenellenbogens sprach ironisch von der "atmosphärischen Geschicklichkeit", mit der Herr v. Stauss bei seiner Aussage gearbeitet habe und deutete an, dass er bei den Bekundungen des Zeugen Stauss klare, erschöpfende Auskünfte leider vermisst hätte. Seine Ausführungen hätten den Eindruck hervorgerufen, dass bei der Deutschen Bank in keinem Falle in dem Masse Käufe in eigenen Aktien erfolgt seien, wie bei Schultheiss-Patzenhofer. Ein Blick in die Bilanz der Deutschen Bank von 1931, die jetzt herausgekommen sei, zeige, dass die Bank zuletzt 105 Millionen eigene Aktien besessen habe. Die Bilanz vom Jahre 1930 weise jedoch nur einen Besitz von 35 Millionen eigener Aktien auf. Woher, so fragt der Verteidiger, stammen diese inzwischen hinzugekommenen 70 Millionen? Hat man die früheren Käufe in dieser Höhe in der Bilanz nicht ausgewiesen und sie der Generalversammlung verschwiegen, oder hat man wirklich in der Zwischenzeit diese grosse Aktiensumme angekauft? Die Verteidigung verlangte schliesslich, dass Herr v. Stauss noch einmal gehört werde.

Ein schwerer Schlag für Katzenellenbogen war das Gutachten des Vorstandsmitgliedes der Akzept- und Garantiebank, Direktor Neu. Neu betonte, dass man das Effektenkonsortium als eine Fortsetzung des bestehenden Pool-Vertrages anzusehen habe. Von dieser Perspektive aus gesehen, sei die Frage des Aktienkurses für das Effektenkonsortium unerheblich gewesen. Diese Feststellung

steht in schroffem Gegensatz zu den Aussagen Katzenellenbogens, der sich bei seiner Verteidigung immer wieder auf den Kurs gestützt hat. Der Sachverständige bezeichnet die Transaktion mit den Vorzugsaktien als einen gravierenden Bruch des Pool-Gedankens. Das Pool-Verhältnis sei in schwerster Weise beim Umtausch der Vorzugsaktien in Stammaktien verletzt worden. Dieses Manöver belastete das Konsortium mit einer Bankschuld von 10 Millionen Mark. Nachdem der Sachverständige noch die willkürlichen Berechnungen Katzenellenbogens kritisch zerpfückt hatte, erhob sich Katzenellenbogen in grosser Erregung und rief, lebhaft gestikulierend, dass sich der Gutachter irre und von abwegigen Voraussetzungen ausgehe. Der Sachverständige liess sich jedoch von seinen Darlegungen nicht abbringen und unterstrich nochmals sein Sachverständigenurteil, das Katzenellenbogens Verteidigungssystem glatt über den Haufen wirft.

SPD. Oppenheim, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch wurde in Oppenheim auf das hinter dem Wohnhaus des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Steffan gelegene massive Gartenhaus ein Dynamitanschlag verübt. Es wurde eine starke Dynamitladung nach polizeilichen Ermittlungen etwa 2 kg - zur Explosion gebracht. Das unbewohnte Gebäude wurde schwer beschädigt. Eine Tragsäule von einem Meter Durchmesser wurde gesprengt.

Steffan hat in letzter Zeit wiederholt anrühige Dinge der Nationalsozialisten aufgedeckt, z.B. die Verurteilung des Mainzer SA-Führers Feldmann wegen Landesverrats. Insofern fällt der Verdacht der Täterschaft auf nationalsozialistische Kreise. Zwei Nazis wurden bereits verhaftet. Der Arbeiterschaft hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt.

SPD. Braunschweig, 24. Febr. (Eig. Dr.)

Die volksparteiliche Fraktion des braunschweigischen Landtags hat die Absicht der Nazis, Hitler nach Abdankung des Nazi-Ministers Klagges zu dessen Nachfolger zu machen, am Mittwoch mit der Erklärung durchkreuzt, dass sie für eine solche Scheineinbürgerung nicht zu haben sei, wohl aber werde die Volkspartei ihre Einwilligung dazu geben, dass Hitler seinen Dienst als Beamter der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin aufnehme und somit die Staatsbürgerschaft erhalten werde. Hitler müsse allerdings einen Verpflichtungsschein unterschreiben, dass er tatsächlich sein Amt ausübe.

SPD. München, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Mittwoch-Nummer des "Völkischen Beobachter" wurde polizeilich beschlagnahmt, weil in ihr der Wortlaut der Begründung abgedruckt ist, mit der der "illustrierte Beobachter" für drei Wochen verboten wurde. Dieser Wortlaut enthält u.a. den inkriminierten Satz des verbotenen Blattes: "Hindenburg stützt sich als Präsidentschaftskandidat auf die Dolchstössler von 1918 und auf die Kriegsdienstverweigerer". Es handelt sich also um dieselbe Verächtlichmachung des Reichspräsidenten, die sich Nazi-Goebbels im Reichstag geleistet hat. Darüber hinaus wurde Hindenburg vorgeworfen, dass er wiederholt schwerwiegende Entscheidungen unterschrieben habe, ohne die wahre Lage der Nation zu kennen, und dass er ausserdem durch seine Unterschriften unter zahllose Notverordnungen grenzenloses Elend angerichtet habe. Gleichzeitig wurde auch die letzte Nummer der nationalsozialistischen Schmähschrift "Der Flammenwerfer" polizeilich eingezogen.

SPD. Bukarest, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Amtlich wird mitgeteilt, dass eine grössere Gruppe ukrainischer Bauern, darunter Frauen und Kinder in der Nacht zum Mittwoch den zugefrorenen Dnjestr-Fluss überschreiten wollte. Die Gruppe hatte das Eis kaum betreten, als die russische Grenzwa- che ein Maschinengewehrfeuer eröffnete, dem in wenigen Augen- blicken mehr als 40 Tote und zahlreiche Verwundete zum Opfer fielen. Nur 18 Bauern gelang es, das rumänische Ufer zu erreichen.

SPD. Frankfurt/M., 24. Febr. (Eig. Dr.)

Ein Frankfurter Gericht hat drei Polizeibeamte, die bei einem Menschen- auflauf mit dem Gummiknüppel gegen Nationalsozialisten vorgegangen waren, zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Steinberg nimmt gegen dieses Urteil mit Recht entschiedene Stellung. Das Urteil werde den Interessenten der Polizei nicht gerecht. Er stelle sich deshalb schützend vor seine Beamten und erkläre, dass das energische Durchgreifen der drei Beamten geboten gewesen wäre und die Menge die Polizei bei der Ausübung ihrer Pflicht zu hindern ver- sucht habe. Er werde über das Urteil einen Bericht an den preussischen Innen- minister richten und die Frage der Berufung gegen das Urteil prüfen.

SPD. London, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Parlamentsfraktion der Labour Party fordert in einem Manifest die Beendigung des Konflikts im Fernen Osten durch entschiedene Handlungen der Mächte. Japan wird in dem Manifest als verantwortlicher Friedensstörer be- zeichnet.

SPD. Stuttgart, 24. Februar (Eig. Dr.)

Der bayerische Abgeordnete Esser, Hitlers "politischer Berater", erklär- te in einer Stuttgarter Versammlung, dass seiner Partei für den Fall ihrer Mitwirkung bei einer Amtsverlängerung Hindenburgs durch den Reichstag die Anerkennung ihrer Legalität, die völlige Freiheit ihrer Agitation und die Re- gierungsbeteiligung mit zwei Ministerposten (Verkehrs- und Postministerium) zugesichert worden sei. Da aber die Zugeständnisse für Hitler zu gering gewe- sen seien, hätte er sie abgelehnt.

U.W. sind derartige Zugeständnisse an die Nazis von dem Reichskanzler nie- mals gemacht worden. Sollten sie etwa von Herrn Schleicher gemacht worden sein?

SPD. London, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die englische Regierung hat am Mittwoch ihr kompliziertes Gesetzgebungs- werk zur Einführung des Weizen-Beimahlungszwanges in England vorgelegt. Durch dieses Gesetz wird den englischen Landwirten ein Preis von 45 Schilling für den Quarter, das sind ca. 225 Kilogramm, mahlbaren Weizen garantiert. Was mahl- bar ist, bleibt der Auslegung durch die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes vorbehalten. Die Differenzen zwischen dem jeweiligen Weltpreis und dem offi- ziellen Preis, der für dieses Jahr auf 45 Schilling festgesetzt worden ist, zahlt eine Weizenkommission, die den Umfang des Beimahlungszwangs feststellt und sich selbst dienötigen Gelder von den Mühlen beschafft, die ihre erwach- senden Lasten wiederum auf die Schultern der Bäcker bzw. der Verbraucher ab- wälzen.

SPD. Frankfurt/M., 24. Febr. (Eig. Dr.)

Die Notgemeinschaft der Marktstandinhaber der Frankfurter Grossmarkthalle hat in einer von 1000 Personen besuchten Versammlung im Kampf um die Herabsetzung der Standgebühren den Verkauf- und Lieferstreik beschlossen, der mit aller Schärfe durchgeführt wird. Der Magistrat der Stadt lehnte vorläufig Verhandlungen mit der Notgemeinschaft ab.

SPD. Schwerin (Meckl.), 24. Febr. (Eig. Dr.)

In der Mittwoch-Sitzung des mecklenburgischen Landtages beleuchtete der sozialdemokratische Abgeordnete Scholz das skandalöse Treiben der Nationalsozialisten innerhalb der mecklenburgischen Ordnungspolizei.

Die Nationalsozialisten hätten, so führte Scholz aus, unter Duldung der mecklenburgischen Rechtsregierung eine weitgehende Zersetzungsarbeit innerhalb der mecklenburgischen Ordnungspolizei betrieben. Es seien zahlreiche nationalsozialistische Zellen gebildet worden, ja, es gehörten Ordnungspolizeibeamte den nationalsozialistischen Sturmabteilungen an. Die Regierung habe bisher noch nicht Veranlassung genommen, dagegen einzuschreiten, dass in den Diensträumen der mecklenburgischen Ordnungspolizei nationalsozialistische Propaganda getrieben werde. Eine grössere Zahl von mecklenburgischen Polizeioffizieren gehöre der Nationalsozialistischen Partei als eingeschriebene Mitglieder an. Durch diese Offiziere werde die nationalsozialistische Propaganda innerhalb der Ordnungspolizei ausserordentlich unterstützt. Die nationalsozialistischen Offiziere, die es heute für richtig hielten, mit dem Nationalsozialismus zu paktieren und dem Staat von Weimar, dem sie den Eid geschworen hätten, nicht die Treue zu halten, könnten in Zukunft nicht auf eine schonende Behandlung in der Republik rechnen. Wenn einmal der Faschismus in Deutschland niedergelitten sein werde, und das werde über kurz oder lang geschehen, dann sei für diese Offiziere in der Polizei kein Platz mehr. Auch die mecklenburgische Justiz habe die republikanischen Kreise durch unerhörte Urteile ungerecht behandelt. So seien z.B. 16 Reichsbannerleute deswegen zu 48 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie einen Handstock mitgeführt hätten. Handstöcke seien jedoch nach der Notverordnung nicht als politische Waffe anzusehen. Im übrigen scheine bezüglich des Stahlhelms auch die Polizei diese Meinung zu haben, denn sie habe nach diesem Urteil gegen die Reichsbannerleute nichts dagegen gehabt, dass etwa 3000 Stahlhelmer in Wismar mit Handstöcken aufmarschiert seien.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Der Mob tobt weiter.

SPD. Gewitterdrohend begann am Mittwoch die zweite Sitzung dieser Reichstagsperiode. Präsident Löbe eröffnete mit einer Mahnung, die Redner nicht zu stören. Er kündigte Ausschlüsse an, wenn die Ruhestörungen sich fortsetzen sollten. Ausdrücklich galt diese Ermahnung den Abgeordneten aller Parteien.

Es erhob sich dann der Reichswehrminister, um sich mit einer am Regierun= gistische seltenen Schärfe gegen die Verunglimpfung des Reichspräsidenten durch den Nationalsozialisten Goebbels zu wenden. Mit zorniger Stimme wies Groener die Anwürfe des Goebbels um so entschiedener zurück, als sie von einem Manne kämen, der den Krieg nur vom Hörensagen kennt. Die Nationalsozialisten tobten. Einer rief: "Groener ist der typische Schieber". Die Aufforderung des Präsidenten, der Zwischenrufer solle sich melden, blieb selbstverständlich wirkungslos. Nie steht einer der Nazi=Feiglinge zu seinem Wort.

Dem Abgeordneten Dr. Breitscheid hatten die Nationalsozialisten das Schicksal angedroht, ihm durch lärmende Gespräche, durch lautes Vorlesen und sogar durch Pfiffe um jede Aufmerksamkeit im Hause zu bringen. Der Anschlag misslang Breitscheid, obwohl durch zahllose Versammlungsreden stimmlich ermüdet, setzte sich durch seine glänzenden Formulierungen, durch die Wärme seines Vortrages und durch ihren politischen Gehalt ausgezeichnet durch. Der Kern seiner Rede war zu den Reparationen die Warnung, dass "Wir können nicht zahlen!", umzu= wandeln, in ein "Wir wollen nicht zahlen". Mit bitterer Schärfe nahm sich Breitscheid den Reichswehrrerlass vor. Er hielt den Legalitätsglauben des General Schleicher und des Reichswehrministers das gegenteilige Urteil des Reichsgerichts vor. Groener hörte sich die Kritik des sozialdemokratischen Sprechers aufmerksam an. Lärmende Zwischenrufe der Kommunisten gab es, als Breitscheid für die Reichspräsidentenschaftswahl die Losung ausgab: "Nieder mit Hitler!" Wir würden den Kandidaten unterstützen, der die meiste Aussicht hat, die Mehrheit der Stimmen gegen die Faschisten zu erhalten. Die Kommunisten gäben die Losung aus: "Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie". Das ist im Zusammenhang mit der Aufstellung einer eigenen kommunistischen Kandidatur der Kampf für Hitler.

Unter stürmischen Beifallskundgebungen der Sozialdemokratie und unter gewaltigem Lärm der Kommunisten dankte Breitscheid den Massen der Eisernen Front ihr Motto sei das Wort von Ernst Moritz Arndt: "Der Gott der Eisen wachsen liess, der wollte keine Knechte."

Der Reichswehrminister Groener glaubte nun ein zweites Mal das Wort nehmen zu müssen. Er hielt eine schlechte Rede. Die Verteidigung seines Erlasses war einfach Verlegenheitsausflucht. Dieser Eindruck war auch in der Mitte des Hauses allgemein. Herr Groener gibt sich den Anschein, den Legalitätsbeteuerungen von politischen Banditen zu glauben. Er verlässt sich darauf, dass es ihm gelingen werde, solche nationalsozialistischen Elemente, die sich an Wühlerien zum gewaltsamen Sturz der Verfassung beteiligt haben, aus der Reichswehr fern zu halten. Wer glaubte das im Saale? Niemand. Die Nationalsozialisten grinsten. Die Sozialdemokraten protestierten. Die Mitte schwieg. Als Groener schloss, regte sich kein Mund zum Beifall. Der Reichskanzler wird gut tun, dem Reichswehrminister klar zu machen, dass eben nur der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Das Wort von Breitscheid trifft ins Schwarze, dass der Staat solche Zweideutigkeit nicht ertragen kann.

Eine sachlich pointierte Rede gegen die Nazis hielt der Zentrumsabgeordnete Dr. Bolz. Auf Zurufe der Nazis stellte er fest, dass das Zentrum bereit sei, mit jeder Partei zu regieren, die auf dem Boden der Verfassung zu arbeiten gewillt ist. Er fragte die Nationalsozialisten direkt: "Wollen Sie das?" Prompt kam aus einem Dutzend rauher Kämpferkehlen, die Antwort: "Nein, Nein!" Viele Augen richteten sich auf Groener. Hier hörte er im Parlament das spontane Bekenntnis der Nationalsozialisten, das den Inhalt des Reichswehrrerlasses

en straft. Bolz liess den Nazis keinen Zweifel darüber, dass das Zentrum sich an einer Regierung der Rechten beteiligt, wenn diese Brüning stürzt. Die Sitzung verlief noch ruhig als der deutschnationale Freytagh-Loring-der Wirtschaftsparteiler Dr. Bredt und der Volkskonservative Graf von Westarp sprachen. Bredt gab eine entschiedene Absage an die Ministerstürzer rechts und an den Schwarz=weiss=roten Wahlblock. Graf Westarp schloss: "Ich fühle mich von dem Generalfeldmarschall und Reichspräsidenten Hindenburg nicht verlassen und werde ihn nicht verlassen."

Dann aber war es mit dem leidlichen Waffenstillstand im Hause zu Ende. Als der Staatspartei Dr. Weber in seiner Rede den Nationalsozialisten sagte, dass ihre Partei mit den politischen Morden vorangegangen sei, gerieten die wilden Männer ausser sich. Der Fememörder Heines, gerichtlich wegen seiner bestialischen Bluttat verurteilt, und von den Nazis selbst als Fememörder auf Plakaten öffentlich angekündigt, schrie am lautesten. Kolonnenweise drangen die Nationalsozialisten auf den schon in hohen Jahren stehenden Redner ein. Die Sitzung flog auf.

Nach kurzen Unterbrechungen gab Vizepräsident Esser die Erklärung ab, dass Dr. Weber seine Behauptungen nicht zurücknehmen werde. Im Gegenteil kündigte Weber an, in einer späteren Sitzung den historischen Beweis anzutreten. Die Nationalsozialisten, die anscheinend eine Kapitulation Webers erwartet hatten, schwiegen in sichtlicher Verblüffung.

Nun war Hitlers Aussenminister Rosenberg an der Rednerreihe. Der Mann war bis in seine zwanziger Jahre Russe. Ueber einige Jahre seines späteren Aufenthalts und seiner späteren Betätigung liegt geheimnisvolles Dunkel, das aufzuklären Herr Rosenberg sich hütet. Seine schwer verständliche Aussprache des Deutschen trug ihm mehrfache Zurufe von der Linken ein, siech eines Dolmetschers zu bedienen. Das brachte Herrn Rosenberg, der seine Rede aussergewöhnlich lebern begonnen hatte, aus dem Gleichgewicht. Als irgend ein Kommunist ihm einen anscheinend beleidigenden Zuruf machte, der im Hause nicht verstanden wurde, bot ihm Rosenberg Ohrfeigen an. Löbe erhob sich und entzog dem Nationalsozialisten für diese unqualifizierbare Drohung das Wort.

Die nationalsozialistische Fraktion schien im ersten Augenblick diese Massregelung mit einem Sturm auf die Präsidententribüne beantworten zu wollen. Eine ganze Kolonne ihrer Abgeordneter brüllte auf den Präsidenten ein, der mehrere der Schreier ausschloss. Die Sitzung wurde wieder unterbrochen. Der Aeltestenausschuss trat zusammen, auch während der Pause war die Stimmung im Saale so geladen, dass tätliche Auseinandersetzungen befürchtet wurden. Die Nationalsozialisten hielten noch lange in geschlossener Formation die Treppe zum Präsidium besetzt, anscheinend entschlossen, sich einer Wiedereröffnung der Sitzung mit Radau und Gewalt entgegenzuwerfen, wenn die Massregelung Rosenbergs bleibt.

Schon vor diesem unwürdigen Zwischenfall waren einige Nationalsozialisten darunter der Abg. Dr. Ley wegen ihrer Flegelleien ausgeschlossen worden. Von der Verworfenheit und der Verkommenheit des Betragens einiger dieser "Parlamentarier" sei nur dieser Vorfall angeführt: Als der Staatspartei Weber die bestialische Ermordung des Landarbeiters in Kreuzburg und die schwere Verletzung von dessen Vater durch Nationalsozialisten schilderte, führte der junge Nazi Schaller wahre Freudentänze auf. Er verhöhte schliesslich diese viehische Mordtat durch den Zuruf: "In welchem Kino haben Sie das gesehen". Es hat kaum noch Zweck, sich über solche Lumpereien zu erregen. Sie sind, wie in der nationalsozialistischen Volksversammlung, so auch in der nationalsozialistischen Fraktion des Reichstags so gewöhnlich, so ordinär wie der Charakter dieser Bur-
schen allgemein!

Um 7 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Die Nationalsozialisten hatten schon vorher ihre Besatzungstruppen von der Präsidententribüne zurückgezogen. Es war im Aeltestenausschuss zu einem neuen Waffenstillstand gekommen.

men. Herr Rosenberg nahm seine Drohung, zu ohrfeigen zurück. Er sei in Erregung geraten, weil der Kommunist Heuck, übrigens ein sehr sonderbarer Heiliger, ihn gefragt habe, ob Rosenberg 1918 bis 1920 Agent bei Deterding, dem Petroleumkönig gewesen sei. Es folgte Ordnungsruf an Heuck und an Rosenberg. Dieser durfte nach der Busse für seinen Sündenfall die langweilige Rede fortsetzen. Die Kommunisten riefen "Und er riecht doch nach Petroleum!" Löber ermahnte noch einmal, alle Beleidigungen und Drohungen zu unterlassen.

Im Augenblick wurde die Mahnung widerspruchslos hingenommen. Wie lange die Nationalsozialisten aber an sich halten können, bleibt bei ihrem Menschenmaterial sehr zweifelhaft.

SPD. Genf, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Generaldebatte der Abrüstungskonferenz wurde am Mittwoch beendet. Die Konferenz nahm schliesslich die Vorschläge des allgemeinen Ausschusses einstimmig an, so dass nunmehr die Hauptentscheidung bei dem grossen politischen Ausschuss liegt, dem jeder Vorschlag der einzusetzenden Unterkommissionen erst unterbreitet werden muss.

Henderson nahm am Schluss der Mittwoch-Sitzung das Wort, um die Generaldebatte noch einmal zusammenzufassen. Er dankte der Versammlung für das hohe Niveau der Diskussion und sprach die Hoffnung aus, dass der Geist sämtlicher Reden sich auch in der Arbeit fortsetzen werde. Es gebe natürlich noch Schwierigkeiten, aber bei allen Arbeiten sei das Vertrauen so stark, dass weittragende und gute Ergebnisse erzielt werden könnten. Keine Konferenz der Weltgeschichte habe jemals soviel Hoffnungen der Völker getragen. Es gebe eine Gruppe, die auf der Konferenz nicht habe zu Worte kommen können und doch hänge von ihr die Zukunft der Menschheit ab. Die Kinder in der ganzen Welt hätten keinen Sprecher gehabt, aber für sie gerade sei der Erfolg der Arbeit am wichtigsten. Wie viele Millionen Kinder seien von den Folgen aller Kriege vernichtet worden. Welch eine furchtbare Verwundung der Kriegsgeneration in seelischer und körperlicher Beziehung sei vor aller Augen.

Die Debatte habe eine Reihe vorherrschender Prinzipien über die Arbeit der Konferenz aufgezeigt, dauernd und vor allem die feste Entschlossenheit, zu praktischen Ergebnissen zu kommen. Es sei dadurch eine hoffnungsvollere Atmosphäre in die Welt gekommen. Die Konferenz wisse, dass die Zerstörungen eines neuen Krieges noch viel furchtbarer sein würden, als die des vergangenen. Die Ereignisse des Fernen Ostens zeigten, dass die modernen Zerstörungswaffen entsetzlich seien. Das Verbot dieser Waffen und die Herabsetzung der bestehenden Vorbereitungen auf den Krieg müsse als Gemeingut der Ueberzeugung auf der Konferenz festgestellt werden. Bei aller Achtung für den Konventionsestwurf sei der Versuch zu weitgehend, ihn zur einzigen Grundlage der Arbeit zu machen. Das habe die Debatte deutlich gezeigt. Das Prinzip der budgetären Leistungsbegrenzung sei so gut wie allgemein anerkannt. Darüber hinaus könnten die anderen Massnahmen noch nicht abgesehen werden, aber bei diesem Prinzip allein würden die Arbeiten nicht stehen bleiben können. Alle Redner hätten U-Boote, Flugzeugsbomben, chemische und bakteriologische Kriegführung abgelehnt. Desgleichen sei allgemein anerkannt, dass jedes Abkommen, das auf der Konferenz schliesslich erzielt werde, nur als erster Schritt zu gelten habe. Die Probleme der Sicherheit, der Kontrolle der Fabrikation und des Handels von Waffen und Munition seien so eng mit der Arbeit der Konferenz verbunden, dass sie ebenfalls gelöst werden müssten. Die Arbeit habe mit gutem Geist begonnen, aber es sei erst der Anfang. Viel guter Wille gehöre dazu und eine Entschlussfähigkeit verantwortlicher Regierungen, zu ihren Worten auch in Taten zu stehen. Dann werde diese Konferenz einen grossen Schritt für die Befriedung der Menschheit bedeuten.

Am Schluss der Rede hendersons stimmte die Versammlung in einen starken und langanhaltenden Beifall ein.

Aus aller Welt

12 000 Betrogene!

Grosse Tumulte bei der Versammlung der Gläubiger der "Berliner Bank für Handel und Grundbesitz" - Um die Quote für 36 000 Gläubiger.

SPD. Eine der eigenartigsten Gläubigerversammlungen, die jemals stattgefunden haben dürften, erlebte man am Mittwoch in Berlin in der neuen Autohalle des Messegeländes am Kaiserdamm. Die Riesenzahl der durch den Zusammenbruch der "Berliner Bank für Handel und Grundbesitz" geschädigten Gläubiger hatte die Wahl des Mammutraums - des grössten, über den Berlin verfügt - notwendig gemacht. Schon um 9 Uhr morgens hatten sich die ersten Gläubiger eingefunden, bald waren es Hunderte, Tausende, und um 10 Uhr war der Andrang, der sich über alle Zufahrtsstrassen ergoss, so gross, als ob draussen ein Sechstagesrennen ausgefahren werden sollte.

Es erregte ungeheures Aufsehen, als am 20. November vorigen Jahres die "Berliner Bank für Handel und Grundbesitz" ihre Schalter schloss. Schon die erste Prüfung ergab, dass die Bank durch eine Reihe strafrechtlicher Verfehlungen des Vorstandes wesentlich mit in Schwierigkeiten gekommen war. Aber der Hauptschuldige, Bankdirektor Seiffert, war mit dem Tage des Bankzusammenbruchs aus Berlin verschwunden. Zuerst vermutete man, dass er Selbstmord begangen habe; diese Annahme hat sich jedoch nicht bestätigt. Später glaubte man, dass er nach Mexiko geflüchtet sei. Schliesslich wurde die Berliner Kriminalpolizei darauf aufmerksam gemacht, dass sich Seiffert bei guten Freunden in Südfrankreich verborgen halte. Gefasst wurde er bis heute jedoch nicht...

Anfang Februar wurde das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Das Gericht muss nunmehr entscheiden, ob dieses Verfahren auch eröffnet werden kann. Voraussetzung für die Einleitung des Vergleichsverfahrens ist die Zustimmung der Majorität der Gläubiger. Die Kaiserdamm-Versammlung sollte in die Zustimmung verschaffen. 9 500 Sitzplätze hatte das Gericht bestellt, 11 000 waren geschaffen worden, auch diese Zahl reichte nicht aus - etwa 12 000 Personen waren anwesend. Besondere reservierte Plätze waren für die Vertreter der Gläubigerausschüsse vorgesehen; insgesamt sind nicht weniger als 36 000 Gläubiger von der Zahlungseinstellung der Bank betroffen!

Nach der Zahlungseinstellung der Hausbesitzerbank war festgestellt worden, dass das Unternehmen (bei 80 Millionen Mark Gesamteinlagen!) etwa 46 Millionen Mark verloren hat. Um die zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens notwendige Quote von 30 Prozent garantieren zu können, sprang das Reich mit einem Betrage von etwa 10 Millionen Mark ein. Durch diese Garantie der Mindestquote werden wenigstens auf alle Fälle die Kleingläubiger bis zu 100 Mark befriedigt werden können. Den grossen Gläubigern wird von der 30%igen Quote vorläufig nur die Hälfte ausgezahlt. Die Durchführung des Vergleichsverfahrens selbst kann als gesichert gelten. Ausserdem wird die Bank in Liquidation treten.

Während der eigentlichen "Gerichtsverhandlung" kam es immer wieder zu erregten Debatten, die sich wiederholt zu Tumultszenen steigerten. Das Publikum, das sich vorwiegend aus Angehörigen der Handwerkerkreise, aus Hausbesitzern und Kleinrentnern zusammensetzte, brachte immer wieder zum Ausdruck, dass ihr die bisher gebotene Quote von 30 Prozent, die sich aber möglicherweise durch den Liquidationserlös nicht erhöhen kann, nicht genüge. Immer wieder ertönten auch Rufe nach Seiffert...

Die Leitung der Versammlung hatte Amtsgerichtsrat Herr. Die Reden wurden durch Lautsprecher verstärkt. Bereits bei der Abgabe einer Erklärung durch ei-

nen Vertreter des Reichsfinanzministeriums erhob sich ein ungeheurer Lärm. In dem allgemeinen Geschrei wurden die Rufe deutlich: "Dreissig Prozent sind viel zu wenig!" Wir sind vernichtet! Wir verlangen die Eröffnung des Konkursverfahrens!" "Schiebung!" Nunmehr ergriff das Wort der jetzige Vorstand der Bank, Direktor Scharnberg. Aber auch er wurde niedergeschrien. Besonders heftige Vorwürfe machte die erregte Menge ausserdem dem bisher amtierenden Gläubigerausschuss, der nach der Meinung der Gläubiger nicht alles versucht haben soll, um durch die Unterstützung der zuständigen Stellen zu retten, was noch zu retten ist.

"Diskussion". Der erste Redner verlangt, dass dem jetzt amtierenden Direktor Scharnberg der Offenbarungseid abgenommen werde. Scharnberg soll unter Eid aussagen, dass tatsächlich nicht mehr Vermögenswerte vorhanden seien, als im Status angegeben sind. Scharnberg will antworten. Abermals wird er niedergeschrien. Der Vorsitzende erklärt, dass gesetzlich dem Antrag auf Abnahme des Offenbarungseides stattgegeben werden müsse - daraufhin beruhigt sich dann die Versammlung. Ein zweiter Redner verlangt die Vertagung der Versammlung. Die Gläubiger müssten noch einmal Gelegenheit erhalten, den zuständigen Regierungsstellen ihre Not zu schildern. Es ginge nicht an, dass man grosszügig nur den Grossbanken gegenüber, kleinlich aber in der Sanierung der Kleingläubiger sei. Es müsse auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass ein wesentlich geringerer Betrag, als die Grossbanken-Sanierung erfordert habe, genügen würde, um die Gläubiger der Hausbesitzerbank zu entschädigen. Es sei zu hoffen, dass sich auch der Reichstag mit der Angelegenheit beschäftigen werde.

+ + +

Doppelmord, In Neuveville bei Neuchâtel (Schweiz) hat ein Arbeitsloser seine Schwester und seinen Vater erschossen und seinen Bruder durch einen Bauchschuss lebensgefährlich verletzt. Ein heftiger Familienstreit um geschäftliche Dinge ging der furchtbaren Tat voraus. Der Mörder liess sich vor seiner Frau und seinen beiden unmündigen Kindern ohne Widerstand verhaften.

+ + +

Sport mit Todeserfolg. Bei der Ersteigung des Wildstrubels (Schweiz) brach ein junger Mann aus Montreux vor Erschöpfung zusammen und verstarb, bevor sein Kamerad Hilfe herbeiholen konnte.

+ + +

Vulkanausbruch. In Japan ist der Asama-Krater plötzlich ausgebrochen. Grosse Mengen glühender Lava wälzen sich zu Tal. Das Dorf Konuma geriet in Brand und wurde zum Teil eingeäschert.

+ + +

28 Lebensretter! Das preussische Staatsministerium verlieh zehn Bergleuten und Grubenbeamten der Beuthener Carsten-Zentrum-Grube die "Rettingsmedaille am Bande" und 18 Arbeitern die "Erinnerungsmedaille für Rettung aus Gefahr". Die Auszeichnung ist ein äusseres Symbol des Dankes für die Errettung der sieben Beuthener Bergleute, die acht Tage lang in der Carsten-Zentrum-Grube eingeschlossen und vom Erstickungstod bedroht waren.

+ + +

Kindesmisshandlung - Zuchthaus! Vom Schwurgericht Münster wurde ein arbeitsloser Bauarbeiter wegen Kindesmisshandlung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hatte seine beiden Kinder im Alter von vier Wochen und 2½ Jahren zu Tode gequält.

+ + +

Raubüberfall in Paris. In Paris wurde am Mittwoch auf die Filiale einer kleinen südslawischen Bank ein ungewöhnlich frecher Raubüberfall ausgeführt. Kurz vor der Mittagspause betreten drei junge Männer, von denen zwei maskiert waren, das im dritten Stock eines Geschäftshauses gelegene Büro der Bank und drängten die vier anwesenden Angestellten mit vorgehaltenen Revolvern in ein

Nebenzimmer. Ein Bankbeamter, der Widerstand leistete, wurde an der Hüfte verletzt. Zwei der Banditen hielten vor der Tür des Nebenzimmers Wache, während der dritte den Inhalt der Kasse, 130 000 Francs, an sich nahm. Nachdem die Banditen noch vergeblich den Kassenschrank des Direktionszimmers durchsucht hatten, verließen sie die Bank, deren Tür sie von aussen abschlossen. Die polizeilichen Nachforschungen führten zu keinem Ergebnis.

Kaugurmi - Millionen. Wie jetzt bekannt wird, hat der am 26. Januar in Chicago verstorbene Kaugurmikönig Wrigley ein Vermögen von über 20 Millionen Dollar hinterlassen.

100 000 Francs geraubt. In Paris wurde am Mittwoch auf offener Strasse ein Bankkassierer überfallen und seiner Aktentasche mit 100 000 Francs Inhalt beraubt. Der Täter ist entkommen.

Es hat eingeschlagen. Das Schöffengericht Berlin - Schöneberg verurteilte den unter dem Namen "Der fliegende Blitz" bekannten früheren Rennfahrer Rudolf Arndt wegen Betruges in 15 Fällen, Unterschlagung, Untreue und Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis. Arndt hatte eine Anzahl Fabriken um insgesamt 23 000 Mark geschädigt, indem er Motorräder im Kommission nahm, verkaufte, aber nur an sich selbst bezahlen liess.

Schmugglerkongress. Die Rumschmuggler an der nordatlantischen Küste veranstalten zurzeit in Halifax (Neuschottland) ihren ersten Kongress.

Verhaftung in Potsdam. In Potsdam wurde der 59 jährige Stadtamtman Glombitzer, Leiter des Potsdamer Wohlfahrtsamtes, verhaftet. Glombitzer wird der Unterschlagung von Unterstützungsgeldern beschuldigt.

Heldentat einer Arbeitermutter. In Koedijk (Niederrhein) brach im Dachgeschoss eines Wohnhauses Feuer aus. Neun halbwüchsige Kinder einer Arbeiterfamilie waren in höchster Lebensgefahr. Die Mutter der Kinder, die in der Nachbarschaft weilte, eilte in das brennende Haus, drang durch den dichten Qualm in die Wohnung ein, warf sämtliche Matratzen auf die Strasse und dann nacheinander alle ihre Kinder. Die Kinder fielen auf die Pflaster. In dem gleichen Augenblick, in dem sich die Mutter durch einen Fenstersprung rettete, stürzte die Decke des Zimmers ein.

Verhaftete Falschmünzer. In Naumburg wurde ein Buchdrucker Paul Kautz wegen der Beschuldigung der Herstellung falscher Zehnmarkscheine verhaftet; in Weimar ein Kaufmann Pampell, der den Vertrieb dieses Geldes "organisiert" hatte; in Nordhausen ein Schlosser Herast, der von Beamten der Kriminalpolizei gerade bei der Fabrikation falscher Zweimarkstücke überrascht wurde.

Der Leopardenprozess. Am 15. März findet vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg die Verhandlung gegen den Berliner Kunstmaler Othegraven statt, dessen Peopard Nanosch das zweijährige Kind einer Portiersfrau zerfleischte. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und Körperverletzung.

Zigeunerhochzeit. Bei einer Zigeunerhochzeit in Agostonfalva (UNGARN) wurden ein ganzer Ochse, zwei Kälber, zwei Schweine, 15 Truthühner, 30 Gänse; mehrere Dutzend Hühner, 100 Laib Brot und 1 500 Liter Wein aufgetafelt. Wer mit der jungen Braut, die als Mitgift eine Million Kupferkreuzer in die Ehe gebracht hatte, tanzen wollte, musste mindestens 1 000 Lei zahlen.



Preise und Löhne.

Neue Gefahren - ernste Warnungen.

SPD. Die Lebensmittelpreise steigen. Die Arbeiterfrau, die infolge der Lohnkürzung und der Kurzarbeit nur noch mit einem arg zusammengeschrumpften Geldbeutel das Lebensmittelgeschäft betritt, muss das täglich mit reichlich viel Verdruß feststellen. Die Milchpreise sind gestiegen, zunächst nur um 2 Pfennig, weil der Preiskommissar eingriff, die Butterpreise sind seit Ende Januar skandalös hinaufgegangen und werden allem Anschein nach noch weiter steigen. Die Kartoffelpreise haben angezogen; sie sind in Berlin von 40 auf 45 Pfennig pro 10 Pfund gestiegen, also um 12 %. Die Mehlpreise wollen ebenfalls nach oben klettern. Der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl ist von 29 auf 32 Mark hinaufgegangen. Wenn das so weiter geht, dann ist die ganze Preissenkungsaktion der Reichsregierung für die Katze gewesen. Was die Regierung durch ihren Preiskommissar gutmachen will, lässt sie durch ihren Agrarminister wieder verderben.

Weit über die Kreise der freien Gewerkschaften hinaus - in der gesamten Arbeitnehmerbewegung betrachtet man diese Entwicklung mit grosser Sorge. Auch ein so gemässigter und so weit rechtsstehender Mann wie Baltrusch, der zu den Jungdeutschen sich zählender christliche Gewerkschafter, hat - und zwar von der Tribüne des Reichstags herab - mit besonderem Nachdruck auf diese Gefahren hingewiesen. Seine Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung verdient, wie bereits in den Reichstagsstimmungsbildern hervorgehoben wurde, aufmerksamste Beachtung. Baltrusch betonte, dass die Preissenkung noch nicht in dem Masse vor sich gegangen sei, wie das im Interesse der Gesamtwirtschaft notwendig gewesen wäre. Die Regierung müsse bestimmte Massnahmen treffen, damit nicht etwa nach Beendigung der Preissenkungsaktion sofort wieder planmässig die Preise hochgetrieben würden. Die stark überhöhte Miete für Neubauwohnungen müsse ähnlich wie die Miete in den Altbauwohnungen, also mindestens um zehn Prozent gemindert werden. "Mit der Lohn- und Gehaltsenkung" erklärte Baltrusch, "muss Schluss gemacht werden". Die Arbeitnehmer verlangen von der Reichsregierung, dass sie ihnen in Zukunft den Lohnschutz wieder in stärkerem Masse zuteil werden lässt. Es muss Aufgabe der nächsten Monate sein, die Lohnungleichheiten und Härtender Lohnsenkung bei der Neufassung der Tarife im März wieder zu beseitigen".

Die Regierung hat bei Erlass der Vierten Notverordnung von der "schicksalhaften Verbundenheit von Löhnen und Preisen" gesprochen. Sie hat damals auch ein Versprechen gegeben. Der Reichskanzler erklärte im Dezember in seinem Schreiben an die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion: "Sollten heute noch nicht übersichtbare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu verhindern, hat die Reichsregierung es als ihre Pflicht angesehen, darauf zu achten, dass der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrecht erhalten bleiben kann". Die Arbeiterschaft muss gerade jetzt die Reichsregierung mit allem Nachdruck an ihr Versprechen erinnern; denn neben der Unzulänglichkeit der Preissen-

kungsaktion und neben den Gefahren neuer Preissteigerungen machen sich auch auf der Lohnseite immer wieder recht bedenkliche Erscheinungen bemerkbar.

Im Unternehmertum spielt man immer wieder mit dem Gedanken, womöglich noch einmal die Löhne zu senken. Auch tauchen immer wieder Gerüchte auf, die von neuen, angeblich noch in diesem Frühjahr kommenden, Kürzungen der Beamtengehälter sprechen. Schliesslich gibt auch die Haltung des Reichsarbeitsministeriums zu denken. Es hat z.B. die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Löhne des Baugewerbes soeben abgelehnt. Warum? Sind dem Reichsarbeitsministerium die Bauarbeiterlöhne immer noch zu hoch? Auch der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter ist der Auffassung, dass die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums mit den Erklärungen der letzten Notverordnung nicht zu vereinbaren sei. Der Reichsfinanzminister hat wohl vor kurzem erklärt, er wolle von neuen Gehaltskürzungen nichts wissen, und sicherlich ist es dem Reichskanzler bei seinem Versuch, die Preise dem Lohnstand anzupassen, durchaus ernst. Auch wollen wir aus der Haltung des Reichsarbeitsministeriums nicht schliessen, dass der Reichsarbeitsminister noch immer nicht davon überzeugt sei, dass der ganze Lohnabbau wohl ein opferreiches, aber zweckloses Experiment war. Allein das alles kann nicht die peinliche Tatsache aus der Welt schaffen, dass auf der Preis- wie auf der Lohnseite bergehohes Unrecht noch immer nicht beseitigt ist. Der Gesamtdurchschnitt der Lohnsenkung der Notverordnung rückte über 10 Prozent. Die Schätzung des Preiskommissars, dass die Lebenshaltungskosten bis Ende Januar nur um 6 bis 7 Prozent gefallen sei, ist viel zu hoch und sollen nun, bevor noch der Ausgleich zwischen Preis und Lohn geschaffen ist, auch noch neue Lohn- und Gehaltskürzungen eintreten?

Unmöglich! Wir sagen mit Baltrusch: "Mit der Lohn- und Gehaltssenkung muss jetzt Schluss gemacht werden."

SPD. Genau wie die Kommunisten, so versuchen jetzt die Nazis, mit Hilfe einer systematischen Verleumdungskampagne gegen die Gewerkschaftsführer die Arbeiter zu sich herüberzuziehen. Einer dieser Verleumder, der Naziführer Niklaus in Stendal, der in einem Flugblatt den Vorsitzenden des Einheitsverbandes der Eisenbahner, den Reichstagsabgeordneten Scheffel, des Betruges, der Lüge und des Verrats an der Arbeiterschaft beschuldigte, wurde vom Schöffengericht nachdem Scheffel Strafanzeige erstattet und der Staatsanwalt öffentliche Anklage erhoben hatte, zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Verleumdungen von Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, sollen nach den Vorschriften der Vierten Notverordnung jetzt schwerer bestraft werden als früher, vor allem dann, wenn die Beleidigung öffentlich behauptet oder verbreitet wird und geeignet ist, den Beleidigten des Vertrauens, dessen er für sein öffentliches Wirken bedarf, unwürdig erscheinen zu lassen. Diese Schutzbestimmung der Notverordnung trifft auch für die meisten Partei- und Gewerkschaftssekretäre zu. Im übrigen sind die nationalsozialistischen Verleumder genau so schlechte Menschenkenner wie die Kommunisten. Sie unterschätzen den deutschen Arbeiter. Jedenfalls muss sich auf die Dauer die Verleumdungskampagne gegen die Gewerkschaften gegen die Verleumder richten. Lügen haben kurze Beine, und ehrlich währt am längsten - auch die ehrliche Arbeit der Gewerkschaften.

SPD. Die Falschmeldung der Bergwerkszeitung, des Organs der Ruhrgrubenunternehmer, wonach die Belegschaft der Zeche "Caroline" in Holzwickede-Dortmund sich bereit erklärt habe, zwecks Verhinderung der Stillegung auf ei-

einen Teil ihres Tariflohns zu verzichten haben, wir bereits kurz richtig gestellt. Mit der Ablehnung eines freiwilligen Lohnverzichtes durch die Belegschaft ist jedoch das Manöver zur Durchlöcherung des Lohntarifs im Ruhrbergbau, das auf der Zeche "Caroline" versucht wird, noch nicht zu Ende.

Die Beamten setzen, wie uns aus Bergarbeiterkreisen gemeldet wird, die Belegschaft unter Druck. Man hat die Arbeiter aufgefordert, sich schriftlich dafür auszusprechen, dass der Betriebsrat zur Verhinderung der Stilllegung weiter verhandelt. Dafür hat sich auch die Hälfte der Belegschaft ausgesprochen nicht aber für einen freiwilligen Lohnverzicht. Die Belegschaft fordert, dass das Unternehmen zunächst einmal die Bücher offen legen müsse, bevor stillgelegt werde, damit man nachprüfen könne, ob ein stichhaltiger Grund zur Stilllegung vorhanden ist. Ferner wirft die Belegschaft die Frage auf, ob nicht die Schächanlage "Caroline" eventuell in Staatsbesitz übergeführt werden kann.

Wenn die Grubenunternehmer glauben, die Verzweiflungstimmung auf der einen oder anderen Zeche zu einem Vorstoss gegen die Gewerkschaften ausnutzen zu können, dann sind sie sehr im Irrtum. Der Tarifvertrag hat nach wie vor Rechtswirksamkeit. Eine Verzichtserklärung wird kein Arbeiter unterschreiben; darüber sind sich auch die Lohnsenkungsakteure im klaren; denn sie lassen durchblicken, dass die Arbeiter, wenn nun schon einmal die verfluchten tariflichen Bindungen zu recht bestehen, zwei Schichten umsonst arbeiten sollen.

Nächstens werden die Bergleute noch etwas dafür zahlen müssen, dass sie beinahe umsonst arbeiten dürfen. Die Stilllegung der Zeche "Caroline" ist nach der Auffassung der Bergarbeiter nicht erforderlich. "Caroline" hat keine Haldenbestände, sie hat keine Feierschichten und die Tagesförderung wird bis auf 30 Tonnen täglich restlos abgesetzt. Der Leistungseffekt ist gut. Eine Stilllegung schafft hohe Verwaltungskosten; ausserdem müssen Zinsenlast, Abschreibungen und sonstige laufende Unkosten, die insgesamt ca. 1,4 Millionen betragen, durch die anderen Betriebe aufgebracht werden. Der jetzige Verlust beträgt ca. 335 000 Mark. Wenn "Caroline" in Betrieb bleibt, ist der Verlust geringer, als wenn sie stillgelegt wird. Auch werden durch die Stilllegung die Bergschäden im Sumpfgelände grösser, als sie jetzt sind.

Die Zuschrift schliesst: Wir bleiben bei unserer Behauptung, dass eine Stilllegung nicht erforderlich ist und verlangen Uebernahme in Staatsbesitz.

SPD. Zum ersten Male seit dem Bestehen der Arbeitskammer für den Bergbau sind, wie uns aus Bochum gemeldet wird; dieser Tage die Unternehmervertreter einer Sitzung der Kammer ferngeblieben. Sie hatten wohl ein schlechtes Gewissen. Die Angestelltenvertreter hatten nämlich die planmässigen Vorstösse gegen die Koalitionsfreiheit im Ruhrbergbau zu einem Punkt der Tagesordnung gemacht.

Die Beschwerden der Angestellten besagen, dass Beauftragte der Arbeitgeber durch wirtschaftliche Druckmittel den Austritt aus den Gewerkschaften und den Eintritt in gelbe Organisationen erzwingen wollen. Ferner erheben die Angestellten Protest gegen einen am 1. März eintretenden, gegen den Tarifvertrag verstossenden, Gehaltsabbau von 15 Prozent, der von den Angestellten der Vesta, Mannesmann, Klöckner und Lothringen unter Entlassungsandrohungen erpresst wurde. - Der Zechenverband wurde von den Angestelltenorganisationen aufgefordert, seinen Mitgliedsfirmen die Beobachtung des Tarifvertrags zur Pflicht zu machen. Vielen Bergbauangestellten dämmert jetzt die Erkenntnis, dass zwar für die gelben Gründungen, für Werkszeitungen u. dergl. Geld genug da ist, nicht aber für die Gehälter. So mancher Angestellte erkennt jetzt, dass er ohne Gewerkschaft und ohne Tarifvertrag dem nackten Elend ausgeliefert wäre.



Unbereinigter Eisenkomplex.

(Stahlverein weist 18 Millionen Verluste aus. - Ungenügende Aktieneinziehung. -
(Starke Verringerung der Produktionszahlen. - Steigerung der Bankschulden. -

SPD. Innerhalb der Krise macht die in der Vereinigten Stahlwerke A.G. zusammengefasste schwere Industrie ihre eigene Krise durch. Die Dinge, die sich an der Ruhr abspielen, haben zweifellos die politischen und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit stark beeinflusst und drohen auch jetzt wieder die Handelspolitik des Reiches in eine für die Interessen der Gesamtwirtschaft unerwünschte und bedenkliche Richtung zu drängen. Die Ruhr hat ihren politischen Einfluss, den sie nicht zuletzt den von ihr subventionierten Nationalsozialisten verdankt, unbedenklich eingesetzt, um Sondervorteile zu Lasten und zum Schaden der gesamten Wirtschaft zu erlangen. Das gilt doppelt für die Bereinigung der Schäden, die in der Krisenzeit und schon früher eingetreten sind. Wie diese Bereinigung zu guterletzt aussehen wird, kann man heute kaum sagen. Bei einem Verlust von 18 Millionen Mark begnügt sich der Ruhrtrust damit, Vorratsaktien in Höhe von 25 Millionen Mark einzuziehen. Da aber immer noch ein Aktienkapital von 775 Millionen Mark verbleibt, wozu noch Anleihen von rund 495 Millionen Mark kommen, und andererseits sich das Verhältnis von Betriebsvermögen und Betriebsschulden - bei 504 Millionen Mark Betriebsvermögen (im Vorjahre 514 Millionen Mark) werden Betriebsschulden in Höhe von 307 Millionen Mark (im Vorjahre 261 Millionen Mark) ausgewiesen - verschlechtert hat, wird man auch an der Ruhr zugeben müssen, dass die Einziehung von 25 Millionen Mark Aktien an der vorliegenden Ueberkapitalisierung nichts ändert. Diese 25 Millionen Mark eingezogene Aktien werden allein durch die gestiegenen Bankschulden ausgeglichen.

Beim Ruhrtrust bleiben alle Fragen offen. Man hätte annehmen müssen, dass nach der Bereinigung der Banken, die ja die schier unverkäuflichen Läger der Schwerindustrie an der Ruhr äusserst hoch beliehen haben, eine Bereinigung der Schwerindustrie erfolgte. Angesichts des lächerlich geringen Kapitalopfers das man den Grossaktionären der Vereinigten Stahlwerke A.G. zumutet, kann man überhaupt von keiner Bereinigung sprechen. An der Ruhr scheint man auf das grosse Wunder, nach Lage der Dinge auf die Hilfe des Reiches, zu hoffen. Dass die zögernde Behandlung der drängenden Fragen nicht auf der Linie der Krisenüberwindung und der Ankurbelung liegt, braucht wohl nicht betont zu werden.

Als man im Jahre 1926 den grössten Teil der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie mit wichtigem Bergwerksbesitz und bedeutenden Verarbeitungsbetriebe zu einem Trust, eben zu der Vereinigten Stahlwerke A.G., zusammenschlug, rüstete man das Unternehmen mit einem Kapital von 800 Millionen Mark aus. Die Not der Zeit brachte wohl die grossen Eisenbarone unter einen Hut; aber keiner wollte Opfer bringen. Jeder legte es darauf an, möglichst viel an Kapitalbeteiligung herauszuquetschen. So konnte Fritz Thyssen für die Vertrustung nur dadurch gewonnen werden, dass man ihm ausser der Kapitalbeteiligung Genussscheine in Höhe von 125 Millionen Mark gab, die später, als sie sich bei der Aufnahme von Anleihen störend bemerkbar machten, abgelöst wurden. Die Anleihen selbst stiegen im Laufe der Zeit auf rund 531 Millionen Mark. Das Unternehmen hat also Dividende und Zinsen für ein Kapital von über 1,3 Milliarden Mark zu verdienen. Dass die Vereinigten Stahlwerke überkapitalisiert sind,

darüber besteht seit Gründung des Unternehmens Übereinstimmung. Diese Ueberkapitalisierung hat bestimmte Folgen gehabt; so die Uebertreibung der Eisenpreise in Deutschland, zuguterletzt die ganze Deflationspolitik in den Notverordnungen des letzten Jahres, den Lohnabbau und die Kaufkraftdrosselung, die von der Ruhr inspiriert worden sind. Wie bei keinem anderen Unternehmen ergibt sich bei den Vereinigten Stahlwerken die Notwendigkeit, das Kapital auf einen normalen Stand zurückzuführen, um so das Unternehmen nach der Seite der Rente und der Zinsen zu entlasten. An dieser Kapitalherabsetzung wollen die Eisenbarone vorbeikommen. Sie mögen nicht opfern. Im Hintergrund steht der Wille, dass die Sanierung aus öffentlichen Mitteln bestritten wird.

Nach der vorgenommenen Kapitalherabsetzung in Höhe von 25 Millionen Mark werden die Vereinigten Stahlwerke über ein Aktienkapital von 775 Millionen Mark verfügen. Die Anleihen verringern sich, da die vertraglich vorgesehenen Tilgungen geleistet worden sind, von 494 Millionen Mark im Vorjahre auf 483 Millionen Mark. Die langfristigen Verpflichtungen haben sich von 145 Millionen Mark auf fast 160 Millionen Mark erhöht. Dagegen sind bei den Warenschulden und sonstigen kurzfristigen Verpflichtungen Verringerungen von 157 Millionen Mark auf 133,7 Millionen Mark eingetreten. Einer der wunden Punkte in der Bilanz sind die Bankschulden, die sich im Geschäftsjahr von 23 Millionen auf nicht weniger als 71,5 Millionen Mark erhöhten. In der Bilanz werden auch Akzente in Höhe von 38,2 Millionen Mark ausgewiesen, während man im vorigen Jahr für die Geldbeschaffung auf Akzente verzichten konnte. Andererseits stehen Bergwerks- und Hüttenanlagen mit 1,472 Milliarden Mark zu Buch (im Vorjahr 1,439 Milliarden Mark). Im Geschäftsjahr ist ein Zugang von 38,5 Millionen Mark eingetreten, der wohl überwiegend aus Neuanlagen der Jahre 1929 und 1930 stammt. Die Warenbestände sind von 269,68 Millionen Mark auf 284,25 Millionen Mark angestiegen. Die Forderungen haben sich von 163 Millionen auf 145,7 Millionen Mark verringert, die Bankguthaben von 70 Millionen auf 46,8 Millionen Mark. Bei den Wechsel- und Scheckbeständen liegt eine Steigerung von 10 auf 26,32 Millionen Mark vor. An dieser Steigerung dürften durchweg Russenwechsel beteiligt sein. Im grossen und ganzen ergibt sich ein Bild einer ungenügenden Flüssigkeit.

Der Rohüberschuss wird dieses Mal mit 151 Millionen Mark ausgewiesen gegenüber 262 Millionen Mark im Vorjahre. Berücksichtigt man den Gewinnvortrag in Höhe von 3,5 Millionen Mark und den Buchgewinn aus der Kapitalherabsetzung in Höhe von 1,5 Millionen Mark, dann stehen für die Ertragsrechnung 156,45 Millionen Mark zur Verfügung (im Vorjahr 266,57 Millionen Mark). Anleihezinsen erfordern in diesem Jahr 33,03 Millionen (im Vorjahr 33,65 Millionen), soziale Aufwendungen 46,54 Millionen (54,73 Millionen) und Steuern 51,12 Millionen (im Vorjahr 61,77 Millionen). Die Abschreibungen werden auf 43,08 Millionen Mark festgesetzt, während sie im Vorjahr 80,75 Millionen betragen. Mit diesen 43 Millionen Mark Abschreibungen sind rund 406 Millionen Mark seit der Gründung der Gesellschaft abgeschrieben worden, also mehr als die Hälfte des Aktienkapitals. Die Gegenüberstellung der Posten ergibt in der Ertragsrechnung den bereits oben erwähnten Verlust von 18 Millionen Mark, der aus dem gesetzlichen Reservefond in Höhe von 80 Millionen Mark getilgt wird.

Wie stark die Krise das Unternehmen erschüttert hat, zeigt folgende Zahlengegenüberstellung: Gegenüber dem besten Monat des Jahres 1929 gingen im Januar 1932 zurück, die Rohstahlerzeugung auf 24,7 Prozent, die Kohlenförderung auf 46,9 Prozent, die Roheisenerzeugung auf 30 Prozent, der Eisenabsatz in Deutschland auf 15,6 Prozent, Löhne und Gehälter in der Gesamtsumme auf 32,3 Prozent. Gerade der letzte Posten zeigt, wie stark die Opfer auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden. Die Politik der Schwereisenindustrie hat aus Rheinland und Westfalen ein Elendsgebiet gemacht. Demgegenüber mutet der Widerstand der Eisenbarone gegen das Kapitalopfer direkt provozierend an, vor allem auch die Tatsache, dass die Vereinigten Stahlwerke, soweit die mit Millionen bezahlten leitenden Beamten in Frage kommen, nichts getan haben, um die Uebersetzung des Betriebes einzuschränken und so Ersparnisse zu machen. Lohnabbau ist ein Wort, das bei den Eisenherren nur für die Arbeiter und für die Schar der kleinen und mittleren Beamten gilt.

SPD. Wie der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten mitteilt, haben Inlands- und Auslandsgeschäft im Monat Januar weiter nachgelassen. Angesichts des immer schlechter werdenden Binnenmarktes nehme die Bedeutung der Ausfuhr, trotz ihres absoluten Rückganges, immer noch zu. Auch sei der Anteil Deutschlands an der Weltausfuhr von Jahr zu Jahr gestiegen.

Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten warnt davor, auf handelspolitischem Gebiet weiter Porzellan zu zerschlagen, was angesichts der Haltung der Schwerindustrie, die Absperrzölle vor allem gegen England verlangt, von besonderer Wichtigkeit ist. Die Maschinenindustrie stellt fest: "Selbstverständlich kann Deutschland nicht darauf verzichten, gegen die Angriffe auf seine Welthandelsstellung und die Hemmungen, die seiner Ausfuhr bereitet werden, mit zweckmässigen Gegenmassnahmen zu antworten. Umso notwendiger ist es aber, sich dessen bewusst zu bleiben, dass es sich hier nicht etwa um einen Uebergang zu einem neuen oder gar höheren Wirtschaftssystem handelt, sondern um vorübergehende Massnahmen zur Abwehr von Notständen. Das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik muss sein, neben der Entwicklung des Binnenmarktes, für die bereits die Erhaltung der Kaufkraft der für den Export Beschäftigten von wesentlicher, leider oft vergessener Bedeutung ist, die Ausfuhr aufrecht zu erhalten und zu fördern. Denn wir sind finanzpolitisch vom Ausland um so abhängiger, je günstiger unsere Devisenbilanz ist und für die Erhaltung der deutschen Produktionskräfte sowie das Ansehen Deutschlands in der Welt ist die bestmögliche Verwertung unserer hochqualifizierten Arbeit auf dem Weltmarkt eine unerlässliche Voraussetzung."

SPD. Wir veröffentlichen eine Zuschrift unseres Mitarbeiters aus Helsingfors, die ein Bild über die Auswirkungen der deutschen Butterzollerhöhung im Auslande gibt. Unser Mitarbeiter schreibt uns u.a. folgendes:

In Finnland empfindet man das Vorgehen Deutschlands, das die Einfuhr finnischer Butter mit einem Zoll von 136 Mark belegt, der höher ist, als der Zoll, den andere Staaten entrichten müssen, als eine Handelsvertragsverletzung, die in der internationalen Handelsgeschichte beisspielslos dasteht. Wenn die finnische Regierung in den letzten Tagen in einer längeren Erklärung den drohenden Handelskriegszustand zwischen Deutschland und Finnland bekannt gab, so hat sie ohne Zweifel weite Kreise hinter sich. Der finnische Reichstag hat das Verhalten der finnischen Regierung gebilligt. Die Handels- und Landwirtschaftskreise fordern bereits zum Boykott deutscher Waren auf und allem Anschein nach wird diese Abwehrmassnahme keine leere Drohung sein. Ausser dem Boykott ist sogar das Einfuhrverbot für deutsche Erzeugnisse nach Finnland in Aussicht genommen. Die finnische Sozialdemokratie hat durch ihren Sprecher im Reichstag vor allem feststellen lassen, dass die deutsche Zollpolitik genau dieselbe ist, die die finnischen Rechtsparteien betreiben. Die Lappofaschisten hätten gar keine Ursache, sich über die Politik ihrer deutschen Gesinnungsgenossen aufzuregen, denn sie treiben ja die gleiche Politik. Wenn die finnische Sozialdemokratie die ungeheuren innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der deutschen Republik auch verstehe, so könne sie doch nicht das zollpolitische Vorgehen der deutschen Regierung als geeignet betrachten, das handelspolitische Verhältnis zu Finnland inniger zu gestalten. Wer einigermaßen die guten deutsch-finnischen handelspolitischen Beziehungen kennt, wisse, wie sehr sich Deutschland seit dem Weltkrieg auf dem finnischen Markt gegenüber Schweden, England und Amerika behaupten konnte. Der könne auch das Vorgehen Deutschlands nicht begreifen. Vermutlich unterschätze man in Berlin das kleine Finnland, meine, dass ein Boykott und Wareneinfuhrverbot keine fühlbare Bedeutung für das grosse Deutschland habe. Das sei verkehrt. Die deutsche Republik sei auf dem besten Wege, in Finnland einen guten Kunden zu verlieren und, es sei eine Frage der Zeit, dass in Zukunft "Made in Germany" ganz vom

finnischen Markt verschwindet. Schweden, England und Amerika würden die Staaten sein, die bei einem etwaigen Handelskrieg profitierten. Müsse Finnland auf Deutschland verzichten, dann sei es die finnische und die deutsche Arbeiterschaft, die in erster Linie die Folgen des Handelskrieges zu spüren bekommen. Aus diesem Grunde wende sich auch die finnische sozialdemokratische Partei gegen das deutsche Vorgehen. Die deutsche Regierung tue klug, wenn sie sich genauere Informationen über die äusserst starke finnische Verstimmung gegen Deutschland hole.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium macht darauf aufmerksam, dass bei Rückzahlungen von ausländischen Hypothekenforderungen die Genehmigung eingeholt werden muss. "Es ist dem Ministerium zur Kenntnis gelangt, dass ausländische Gläubiger deutscher Aufwertungshypotheken ihre Schuldner veranlassen, ihnen den Reichsmarkgegenwert gekündigter Hypotheken nach dem Ausland zu überweisen oder zu überbringen. Wir machen darauf aufmerksam, dass nach den geltenden Devisenvorschriften derartige Zahlungen unzulässig und strafbar sind. Sowohl die Rückzahlung von Hypotheken als auch die Ueberweisung und Ueberbringung von Geldbeträgen ins Ausland bedürfen in jedem Einzelfalle der Genehmigung der zuständigen Devisenbewirtschaftungsstelle. Personen, welche ohne die erforderliche Genehmigung handeln, setzen sich der Gefahr einer Beschlagnahme der Geldbeträge und einer Bestrafung mit hohen Gefängnis- oder Geldstrafen aus. Da Aufforderungen zu unerlaubten Zahlungen vor allem von tschechoslovakischen Gläubigern an deutsche Schuldner gerichtet worden sein sollen, weisen wir besonders die Bevölkerung des deutsch-tschechoslowakischen Grenzgebiets auf die erwähnten Vorschriften hin und warnen nachdrücklich davor, derartigen Aufforderungen ungeachtet etwa in Aussicht gestellter Vorteile, wie Erstattung von Fahrtkosten und Einräumung von Kapitalnachlässen, Folge zu leisten."

SPD. Die gewaltige Bankensanierung, die am Montag bekannt gegeben worden ist, hat natürlich auf die Öffentlichkeit und besonders auch auf das Ausland starken Eindruck gemacht. Vor allem wird danach gefragt, wie gross die Verluste sind, unter die man jetzt den Strich macht.

Es ist überaus schwierig, einen klaren Einblick in diese wichtigen Fragen zu gewinnen. Denn die Transaktionen, die bei jeder einzelnen der sanierten Banken vorgenommen wurden, sind technisch so verwickelt, dass nur ein sehr eingehendes Studium ihre Bedeutung erkennen lässt. Und selbst die genaueste Untersuchung gestattet nicht bei jedem einzelnen Posten zu erkennen, ob es sich um die Abbuchung eines Verlustes oder um die Zuführung zusätzlichen Kapitals handelt. Weiter muss berücksichtigt werden, dass ein grosser, in seiner Höhe aber völlig unbekannter Teil der Verluste überhaupt nicht sichtbar abgebucht wird, sondern in dem Verlust stiller Reserven besteht.

Diese "Abbuchung stiller Reserven" geschieht allerdings in der Regel schon automatisch. Der grösste Teil der stillen Reserven der Banken pflegt dadurch zu entstehen, dass ihr Effektenbesitz unter den Anschaffungs- bzw. Börsenkursen in die Bilanz eingestellt wird. Sinken nun in einer Wirtschaftskrise die Börsenkurse, dann werden auf diesem Weg die stillen Reserven automatisch angezapft und schliesslich aufgezehrt. Dieser Vorgang ist zweifellos auch in diesem Jahr bei den Banken in grossem Masstab eingetreten. Wie weit noch darüber hinaus stille Reserven in anderen Formen bestanden und nunmehr aufgelöst wurden, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Bei der Berechnung der Bankverluste muss man sich also auf die offenen Abbuchungen beschränken.

Unter diesen Vorbehalten wird man folgende Rechnung über die Verluste aufstellen können, die die sanierten Banken erlitten haben:

Die schwersten Verluste sind natürlich bei der jetzt fusionierten Dresdener und Danatbank entstanden, wo der erste Einbruch im Juli erfolgte und das Reich zuerst schützend eingreifen musste. Insgesamt errechnen sich die Verluste für beide Banken auf 471 Millionen Mark. Sie werden durch Zusammenlegung der Aktien, Auflösung von Reserven, Zuführung einer Delcrederereserve durch das Reich, Bareinzahlung von Aktien durch die Golddiskontbank und durch Abbuchung des Betriebsgewinns abgedeckt. An zweiter Stelle auf der Verlustliste steht die bisher weitaus grösste Bank, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft. Ihre Verluste lassen sich auf 347 Millionen beziffern, wenn man von den eingezogenen Aktien, die in Höhe von 72 Millionen wieder ausgegeben wurden, denjenigen Teil als Verlust abbucht, der nicht schon im Vorjahr bilanzmässig abgebucht worden war. Bei der DD-Bank erfolgt die Verlustdeckung ausschliesslich aus eigener Kraft, und zwar durch Aktienzusammenlegung, Reservenauflösung und Gewinnabbuchung. An dritter Stelle stehen die jetzt vereinigten Institute Commerz-Bank und Barmer Bankverein. Ihre Verluste beziffern sich auf 165 Millionen, die zum Teil vom Reich getragen werden. Fügen wir schliesslich noch den Verlust der Adca in Höhe von 57 Millionen hinzu, so gelangt man zu einem ausgewiesenen und abgebuchten Gesamtverlust der beteiligten Banken in Höhe von 1040 Millionen.

Die an der Sanierung beteiligten Banken nehmen den weitaus grössten Raum in der privaten Kreditwirtschaft ein. Es gibt aber ausserhalb ihrer noch eine Reihe mittlerer und grosser Kreditbanken. Wie gross ihre Verluste in diesem Krisensturm gewesen sind, ist noch nicht bekannt. Wenn man auch annehmen darf, dass sie relativ wesentlich niedriger sind als die der jetzt sanierten Banken, so wird man doch die Milliardenziffer noch um eine stattliche Millionenzahl vermehren müssen.

SPD. Die bayerischen Staatsbetriebe, die Berg-, Hütten- und Salzwerte A. O. weisen zum ersten Male seit ihrem Bestehen eine Verlustbilanz aus. Der reine Betriebsverlust beträgt bei einem Umsatz von 21 Millionen Mark 478 000 Mark, während im Vorjahre noch ein Reingewinn von 360 000 Mark und im Jahre 1929 ein solcher von 830 000 herausgewirtschaftet werden konnte. Zwei Maschinenfabriken mussten wegen völligen Auftragsmangels aufgelöst werden; auch die Luitpoldhütte in Amberg beschäftigt nur 20 % der normalen Belegschaft, nachdem sämtliche Hochöfen ausgeblasen worden sind und der Erzbergbau völlig eingestellt wurde. Rentabel sind noch die Kohlengruben in Peissenburg und die Salinen, die aber seit Jahresfrist unter der Salzeinfuhr aus Frankreich zu leiden haben.

SPD. Die belgische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, in dem die Zölle für gewisse Einfuhrwaren um 15 Prozent erhöht werden. Der Zoll für den Bierimport soll sogar um 25 Prozent heraufgesetzt werden. Im übrigen sieht der Gesetzentwurf die Kürzung der Beamtengehälter um 10 Prozent vor. Die veteruernde Wirkung der Zollerhöhung soll bei den Kriegsbeschädigten dadurch ausgeglichen werden, dass eine Erhöhung der Kriegsbeschädigtenrenten um 10 Prozent in Kraft tritt.

Ohne Inlandsangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Februar)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Mittwoch wieder in abgeschwächter Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Notierungen für beide Brotgetreidearten um 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark zurück. Auch in effektiver Ware konnte sich der Roggenkurs nicht behaupten, er schwächte sich um eine Mark ab. Allerdings stand den Mühlen fast ausschliesslich wieder Russenroggen zur Verfügung, während das Angebot an Inlandsware fast völlig aufgehört hat. Auch Weizen wurde in der Hauptsache von einer der Regierung nahestehenden Stelle angeboten. Inländische Ware stand hier gleichfalls nur in geringem Umfange zur Verfügung. Der Kurs für prompten Weizen blieb unverändert. Weizenmehl wurde am Dienstag-Nachmittag noch etwas lebhafter umgesetzt. Am Mittwoch hatte die Nachfrage vollkommen aufgehört. Auch für Roggenmehl fanden nur die notwendigsten Käufe statt. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Erstmals zeigte sich einiges Interesse für Futter- und Industrieroggenste.

	23. Febr.	24. Febr.
	(ab märkische Station)	in Mark)
Weizen	245 - 247	245 - 247
Roggen	194 - 196	193 - 196
Braugerste	166 - 172	168 - 173
Futter- und Industrieroggenste	157 - 162	159 - 166
Hafer	148 - 155	148 - 155
Weizenmehl	30,25 - 34,50	30,50 - 34,50
Roggenmehl	28,00 - 29,50	28,00 - 29,50
Weizenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 258-259, Mai 266 $\frac{1}{2}$ -267 $\frac{1}{2}$, Juli 273. Roggen März 201 $\frac{1}{2}$ -201 $\frac{1}{4}$, Mai 209, Juli 208-207 $\frac{1}{2}$, Hafer März 164-164 $\frac{1}{2}$, Mai 172-172 $\frac{1}{2}$, Juli - 179 $\frac{1}{2}$.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 22. Februar. A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 gr 8,25, über 60 gr 7,25, über 53 gr 6,25, über 48 gr 6, aussortierte, kleine und Schmutzeier 5 - 5,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 8, 17er 7,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 6,25-6,50, leichtere 5,75 - 6, Holländer 60-62 gr 6,75 - 7,25, Belgier 57-58 gr 6,75, Rumänen 5,50 - 6,24, Ungarn und Jugoslawen 6,25, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5. C. In- und ausländische Kühlhaus-eier: Chinesen und ähnliche 4,25 - 5,50. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: trübe, Tendenz: matt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 24. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 135, II. 138, abfallende Sorten 118 RM. Tendenz: matt.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 24. Februar 1932.

Der Kanarienvogel-Dompteur.^x

SPD. Es gibt Menschen, die werden von ihrem Beruf ausgeübt. Nimmt man ihnen ihre Tätigkeit, dann sinken sie in einen lethargischen Zustand, der einer niedrigeren Entwicklungsstufe entspricht, als es die ist, die wir als unserer Rasse genehm festgelegt zu haben glauben. Zu diesen gehören neben den Schriftstellern die Fussballspieler, aber auch und vor allem die Zirkusleute und unter diesen vorzugsweise die Dompteure.

Der Dompteur Alfons Mayer, genannt Alfonso, der Herr der Tiere und eine grosse Nummer in den wandernden Zelten, erschlug den Zauberkünstler Giraldi. Die Serpentinentänzerin Anastasia hatte allzu eifrig auf den gutsitzenden Frack und den Brillantring des Illusionisten geachtet und war somit im doppelten Sinne ein Opfer der Täuschungskunst, wenn auch nicht der arglistigen, geworden: sie verlor den angebeteten Zauberer, den man zu Grabe trug, voran die Zirkuskapelle in Husarenuniform, und sie verlor den Geliebten, den Dompteur, dem man den Prozess machte, und den man wie jeden andern Sterblichen an gleicher Statt ins Zuchthaus steckte.

Hier sass er nun. Nicht störte ihn die Primitivität der Zelle - er hatte oft in Ställen schlafen müssen und auf nackter Erde. Doch es roch so seltsam in den Mauern, und eines Tages machte er die fürchterliche Entdeckung, dass auch an seiner Haut nichts mehr vom Dunste der Manege haftete, dass das letzte Fluidum seiner selbst, der aufgesogene Raubtierdunst, verschwunden sei. Er tobte und brach zusammen, der starke Kerl, der Löwen wie Babys gezähmt hatte. Ein Nervenfieber befiel ihn, und der Anstaltsarzt, einsichtig und erfahren, wie es auch bei solchen Beamten nicht selten vorkommt, hörte besorgt stundenlang die psychologisch interessanten Phantasieen des Kranken an. Dann hatte er ein langes Gespräch mit dem Anstaltsdirektor. Wärter mussten ausführliche Berichte geben, und es stand hart gegen hart: der Direktor wollte Dunkelhaft als Strafe, der Arzt pochte auf Humanität.

Alfonso, der Herr der Tiere, gesundete langsam, blieb jedoch sehr apathisch und liess sich wortlos in seine Zelle zurückbringen, wo er sich auf die Pritsche setzte und auf den Boden starrte. Seine Löwen! Seine tanzenden Schakale! Wo mochten sie sein? Welcher Stümper verlor ihm dieses wunderbare, in einem Jahrzehnt gesammelte und erzogene Material? Er weinte leise, der arme Kerl; seine Tränen liefen durch die ans Gesicht gepressten Fäuste, und seine Schultern zuckten. - Dieses Geräusch muss den Geselligkeitssinn der Tierseele wachgerufen haben, denn es sagte erst leise "Piep", und dann lauter "Piep"; und als der Mensch immer noch nichts hörte, startete ein Triller, vor dessen Kadenzen die Galli-Curci neidisch erblasst wäre. Erschreckt hob Alfonso den Kopf - neben dem Zellenfenster war ein kleiner Käfig aufgehängt, sodass schräg die Sonne hereinfallen konnte, und dort hüpfte und trillerte ein gelber Vogel. Der Arzt war auf diese Idee gekommen, hatte sie verfochten und durchgesetzt. Er verstand eben ein wenig von den Menschen.

Alfonso achtete dann nicht weiter auf das Tierchen. Aber es blieb da, und neben Alfonsos Ration lag täglich eine kleine Tüte mit Singfutter, die - das wusste er ja nicht - der Arzt aus seiner Tasche zahlte. Alfonso musste wohl oder übel für Wasser, Nahrung und Sand seines Zellengefährten sorgen, und bald trat er, wenn er seinen täglichen "Spaziergang" hinter sich hatte, in die Zelle und pfiff rufend, worauf der Gelbe antwortete. So vergingen

Tage und Nächte und Wochen und Monate.

In den Zellentüren sind kleine Fenster, durch die man, selbst ungesehen, die Gefangenen beobachten kann. Bei einem Rundgang rief der Wärter den Arzt, hindurchzuschauen: da sass am Boden Alfonso, der Herr der Tiere. Auf der Pritsche hüpfte der Kanarienvogel hin und her, und der Dompteur rief: "Allons - hopp!" Und der Vogel stand starr. Alfonso rief diesen und jenen Befehl, und der Vogel schoss Kobolz, sang, wenn er es sollte, stand auf einem Bein, legte sich, wie tot, auf die Seite; ja, Alfonso probte einen Kopfstand, eine Balance auf der Schnabelspitze - alles mit rührender Vorsicht und zärtlicher Energie, dass dem Arzte, der, wie man sagte, ein sehr seltsamer Mensch war, die Tränen in die Augen traten. Er nickte dem Wärter zu und ging bald weiter.

Bei seiner Entlassung erfuhr Alfonso, wer ihm das Leben im Gefängnis lebenswert gemacht hatte. Er ging zu dem Doktor, bedankte sich und trug den Vogelkäfig unterm arme. Sie sprachen hin und her, und da Alfonso nicht zum Zirkus zurückwollte, so gab ihm der Arzt eine kleine Summe Geldes. Heute hat Alfonso sie schon lange zurückbezahlt - aber man kann in jeder Stadt einen hübschen, mit Getier aller Sorten angefüllten Laden sehen. Darüber steht:

HABEN SIE SCHON EINEN VOGEL ?

ZOOLOGISCHE HANDLUNG VON ALFONS MAYER.

Und das Geschäft geht gut, denn alle Vögel Alfonsos singen, und alle seine Papageien können ausgezeichnet sprechen. Sogar seine weissen Mäuse gehorchen aufs Wort.

Walter Anatole Persich.

Wochenende bei Athen.

SPD. Da die Hauptstadt Griechenlands eine Grosstadt ist, so hat sich dort das Wochenende rascher eingebürgert, als man sonst bei der konservativen Primitivität des griechischen Volkes annehmen sollte - konservativ, soweit nicht die Frauenmode und das Auto in Frage kommt. Die kleine, dunkle Sekretärin des Ingenieurs, die, wie alle, drei oder vier Sprachen spricht und wie alle für ausländisches Kapital schuftet muss, besitzt irgendwo draussen ein kleines Wochenendhäuschen, nicht allzu weit vom Meere, mit dem honigreichen Hymettosgebirge im Hintergrunde. Der Platz ist billig; teuer ist nur der Brunnen, der tief gegraben werden muss, und selbst dann stösst man nicht immer auf Wasser. Die Landschaft ist kärglich; viele Steine, viele Disteln, ein paar Pinien; im Frühling blühen auch ein paar Blumen, die bald von der Sonne weggesengt sind. In der Nähe liegt ein Dorf und eine kleine Siedlung, die von einer Freimaurerloge erbaut wurde. Am Meere ist ein schöner Badestrand; dort drüben erstreckt sich das Luxusbad der Athener; im Sommer, wenn das Wasser lauwarm ist, dicht bevölkert, mit Eleganz und Betrieb und Musik und Tanz die halbe Nacht hindurch

Wir Proletarier liegen im Schatten des Häuschens und gösen. Der unerhörte Lärm der geräuschvollsten Grosstadt Europas ist versunken im hellen Grau der südlichen Ferne. Drüben ragen überm Meere die blauen Umrisse der Insel Aegina. Hierher, ein paar hundert Meter von der Autostrasse nach den Bädern, verirrt sich kein Mensch. Manchmal stehen wir auf, machen ein Spiel mit den Steinen, die heissgebrannt herumliegen und den Boden verdecken. Ein paar Ziegenstreifen umher und suchen Futter. Der Hirte, in einem Anzug, der nur aus Flickern und Löchern besteht, liegt im dünnen Schatten einer Pinie auf den heissen Steinen. Wir plaudern; ein paar Freunde sind noch gekommen; es geht deutsch, französisch, griechisch, englisch durcheinander. Es geht - aber schöner wäre es, wir hätten alle eine gemeinsame Hilfssprache. Wozu müssen wir uns nun in der Schule neun Jahre lang mit Sprachunterricht plagen, wenn zum Schlusse für neunundneunzig Prozent doch nichts andres nötig ist, als zu sagen: schenk

mir ein neues Glas Rezina ein! oder: gib mir ein Stück Kaseri! Uebrigens genügt es, wenn man "Rezina" sagt und "Kaseri"; dann weiss jeder: jetzt will ich genarzten Wein und ein Stück Schafskäse. Oder eine Orange, die hier Portugali heisst und unerhört süss ist. Zu anderen Gesprächen hat man doch keine Lust, denn uns genügt es wie einst dem göttlichen Schweinehirten des Odysseus unter dem blauen Himmel zu liegen und zufrieden zu sein.

Abends gehen wir ins Dorf, das aus einem Dutzend Häusern besteht, von denen die Hälfte Cafés und Restaurants sind. Wir sind an der Autostrasse und an der Endstation der autobuslinie: das erklärt alles. Unter einem primitiven Strohdach stehen ein paar weissgedeckte Tische und ein paar wacklige Strohstühle, und die Bar ist fertig. Musikanten spielen auf: eine Geige, eine Klarinette, eine Mandoline. Sie spielen den Tanz der Opiumraucher, und ein Mann, ein Gast, tanzt dazu. Er ist ein Inselgriecher; man sieht das an seiner Kleidung; und der Tanz ist aus seiner Heimat, von einer der vielen Inseln; und dahin haben ihn die Türken gebracht. Der attische Tanz ist ruhiger. Kann man das eigentlich Tanz nennen, was der Mann da macht? Es ist Akrobatik, im Grunde ohne Rhythmus; es ist Geste und dramatische Darstellung, mit ernstem Gesicht, fast in sakraler Haltung. Zuweilen macht er Gesten des Trinkens, und zuletzt ergreift er ein Messer, umtanzt einen Gast und stösst ihm scheinbar das Messer in die Brust. Das ist der Schlusseffekt, und alles ist begeistert. Die Musik ist von seltsam atonalem Charakter, hoch und schrill; der Grieche singt stets fürchterlich hoch, mit vielen Kopftönen, eine gleichförmige Melodie, auf einer jener alten Tonleitern mit grossen Sekundenschritten aufgebaut; monoton ist die Begleitung; sinnlos wechselt sie zwischen zwei Akkorden ab.

Wir haben bald genug und gehen in ein Restaurant. Zwar bleiben wir dort auch nicht von Musik verschont, denn da kommt einer mit einem alten Grammophon unterm Arm, stellt es auf, lässt einen Schlager erklingen - jemand auf der Platte verlangt von mir, ich solle auch mal im Mai nach Hawaii kommen (was ich gegen Erstattung der Unkosten gern machen will) - vorerst aber kommt der Besitzer des Grammophons zu mir und erwartet von mir einige Drachmen. Wir essen Barbuni, die herrlichsten Backfische der Welt; man isst sie, die garnicht so klein sind, vom Kopf bis zum Schwanz; das kracht so schön. Dazu gibt es allerlei Salat mit Oliven und viel herrlichen Wein aus Patras, halbsüss, halb-bitter, halbweiss, halbrost. Dann kommt Käse und Obst, und die ganze Zeche beträgt für uns sechs Schlemmer noch nicht einmal zehn Mark. Vom Meere her wird es endlich kühl. In der Ferne leuchten die Lichter von den Felsen des Piräus. Und wenn morgen nicht der Dienst wäre und vierzig Grad im Schatten, dann könnte man restlos glücklich sein....

R.G.Haebler.

----- Die ersten Weltraumfahrer.X -----

SPD. Zu den interessantesten naturwissenschaftlichen Problemen gehört zweifellos auch die Frage nach der Entstehung des Lebens. Zwei Auffassungen sind es da, die in Naturforscherkreisen erörtert werden. Ein Teil der Gelehrten vertritt den Gedanken der Urzeugung, nimmt also an, dass das erste Leben, die erste entwicklungsfähige Zelle, in grauer Vorzeit unter bestimmten Bedingungen auf unserem Planeten von selbst entstanden, aus sogenanntem totem Stoff hervorgegangen ist. Ein anderer Teil der Forscher, in neuerer Zeit besonders der verstorbene grosse Schwede Arrhenius, bekennt sich zur Idee der Panspermie setzt also voraus, dass das Leben seit Ewigkeit besteht, dass die Lebenskeime sozusagen durchs Weltall reisen, um sich auf Planeten, die entsprechende Lebensmöglichkeiten bieten, niederzulassen und dann den grossen Entwicklungsgang zu beginnen. Danach wären also diese winzigen Lebewesen die ersten Weltraumfahrer, die schon seit undenklichen Zeiten das verwirklicht haben, was

kühne Ingenieure durch rastloses Forschen auf dem Gebiete des Raketenantriebs seit kurzem praktisch erstreben.

Der Gedanke, dass Leben von einem Himmelskörper zum andern gelangt, ist zum erstenmal ausführlicher in einer Arbeit aus dem Jahre 1749 von de Maillet behandelt worden. Die gleiche Idee taucht dann wieder in einer Schrift de Montlivault's vom Jahre 1821 auf, in der der Autor die Ansicht vertritt, dass Lebenskeime von den Mondvulkanen zur Erde geschleudert werden können. Ausführlich und wissenschaftlich kritisch wurde dieser Gedanke dann wieder von dem berühmten englischen Physiker Lord Kelvin auf einem Kongress zu Edinburgh im Jahre 1871 behandelt und vertreten. Kelvin hielt es für möglich, dass die durch den Weltraum irrenden Meteore die Transportmittel, also die Raumschiffe der kleinen Lebewesen darstellen, und dass beim Eindringen von Meteoriten in die Erdatmosphäre durchaus viele lebende Organismen mit einzelnen Weltrümern unversehrt bis zur Erdoberfläche gelangen können. Die ausserordentliche Zähigkeit niederer Wesen ist ja bekannt, sodass sie höchstwahrscheinlich auch die Weltraumkälte von -273 Grad Celsius zu ertragen vermögen. Dr. E. Kade hat kürzlich entsprechende Versuche im Kältelaboratorium der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Charlottenburg unternommen und konnte nachweisen, dass verschiedene Organismen, wie Bakterien, Hefen und Fadenpilze, selbst durch anderthalbstündiges Einfrieren in flüssigem Helium bei 272 Grad Kälte nicht abgetötet werden konnte.

Arrhenius, der grosse schwedische Forscher, konnte sich allerdings mit dem Gedanken der Uebertragung von Lebenskeimen durch Meteore nicht befreunden. Er stellte deshalb die Idee der Panspermie in neuer Form dar und ging dabei von dem zuerst durch den Physiker Maxwell theoretisch nachgewiesenen Strahlungsdruck aus. Alles Licht übt einen Druck aus, sodass dadurch winzige Körperchen von der Lichtquelle hinweggedrückt werden können. Der Strahlungsdruck, den ein schwarzer Körper an der Oberfläche der Sonne erleiden würde, beträgt nach Arrhenius ungefähr $2,75$ Milligramm auf den Quadratcentimeter. Auf diese Art lässt sich berechnen, dass der Druck der Strahlung in günstigen Fällen bei kleinen, dem Auge unsichtbaren Körpern den Betrag der Schwere um das Zwanzig- bis Dreissigfache übertreffen kann. So können also winzige Lebenskeime, die vielleicht durch Luftströmungen in die höchsten Höhen der Atmosphäre gelangt sind, von der Erde und auch von andern Planeten in den Weltraum hinausgetrieben werden. Durcheinfache mathematische Ueberlegungen konnte Arrhenius feststellen, dass solche winzigen von den Strahlendes Lichtes getragenen Organismen in 20 Tagen von der Erde bis zum Mars reisen können, in 80 Tagen zum Jupiter, in 420 Tagen zum Neptun, und bis zu einer der nächsten Sonnen, zu Alpha-Centauri, in etwa 9000 Jahren. Man wird nun vielleicht meinen, dass nach einem solchen Zeitraum die kleinen Weltraumfahrer an "Altersschwäche" gestorben sein werden. Aber auch hier vergessen wir wieder die Zähigkeit dieser niederer Lebewesen. Der französische Forscher Baudouin hat z.B. in altrömischen Gräbern Bakteriensporen gefunden, die trotz eines Alters von 1800 Jahren ihre Keimkraft bewahrt haben, sodass auch eine jahrtausendelange Reise lebensfähiger Sporen durchs Weltall sehr gut denkbar ist. Arrhenius erwähnt deshalb auch, dass sich die Lebensfunktionen bei einer Temperaturzunahme von 10 Grad Celsius auf das Zweieinhalbfache steigern, und sagt wörtlich: "Wenn die Sporen bis zur Bahn des Neptun gelangt sind und ihre Temperatur auf -220 Grad Celsius gesunken ist, so würden nach diesen Berechnungen ihre Lebensfunktionen mehr als eine Milliarde Mal schwächer geworden sein als bei $+10$ Grad Celsius. Die Keimkraft der Sporen würde sich bei -220 Grad Celsius in 3 Millionen Jahren nicht mehr vermindern als bei $+10$ Grad Celsius in einem Tage."

Aber auch diese kühne und wissenschaftlich gut durchdachte Auffassung fand ihre Kritiker. Der berühmte französische Physiker Paul Becquerel wies darauf hin, dass die niederen Organismen wohl die furchtbare Weltraumkälte überstehen können, dass sie aber einen Todfeind haben, der sie unbarmherzig zerstört, und zwar den ultravioletten Lichtstrahl. Dieses für unser Auge un-

sichtbare Licht wird zusammen mit den sichtbaren Strahlen von der Sonne in den Raum gesendet und ist der schlimmste Gegner der Bakterien. Wenn also ein Bakterium vom Strahl irgendeiner Sonne ins All getragen wird und herauskommt aus dem in vieler Beziehung schützenden Luftmantel eines Planeten, dann wird es getötet. Der französische Astronom Charles Nordmann, der in Deutschland durch ein populärwissenschaftliches Buch über Einstein auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist, hat nun vor einiger Zeit auf eine Möglichkeit hingewiesen, die den Einwand Becquerels entkräftet. Er konnte nachweisen, dass die dünnste Schutzhülle genügt, um den winzigen Lebenskeim vor den tödlichen Wirkungen der ultravioletten Strahlen zu bewahren. Wenn es, so meint Nordmann, einem Bakterium gelingen sollte, sich in der Höhle eines unfasslich kleinen Staubkörnchen zu verkriechen, so könnte es mit diesem bescheidenen, aber seine Zwecke erfüllenden Raumschiff die Reise zu anderen Sternen durchaus wohlbehalten zurücklegen.

Diese ganze Frage ist natürlich heute noch ein Problem, das die Forscher mit allem Rüstzeug der modernen Wissenschaft zu lösen versuchen. Noch kennt man ja garnicht alle die Mittel und Möglichkeiten, die der Natur für die Erhaltung des Lebens zur Verfügung stehen. Angenommen, so fragt der schwedische Astronom Lundmark, die Hypothese der Panspermie treffe zu, ist damit bewiesen, dass das Leben von Ewigkeit her besteht? Schwerlich. Ebenso gut kann das Leben im Laufe der Zeit auf zahlreichen Welten entstanden sein und sich doch auch durch Meteorite oder Strahlungsdruck oder vereintes Wirken beider Möglichkeiten im Raume ausbreiten.

Durch die unermüdliche Forschung erscheint der Bau des Universums immer wunderbarer. Kein totes Weltall wölbt sich um unsre Erde, die nur eine kleine Zelle ist im grossen Körper des Kosmos. Die Lichtstrahlen, die von den fernen Welten zu uns herübergrüssen, sind zugleich Brücken, die in vieler Beziehung die Himmelskörper verbinden, und die heilige Flamme des Lebens eilt siegreich von Stern zu Stern. -

Erich Krug.

Wie ich Goethe sehe....

SPD. Für das Jahr 1932 ist die Bezeichnung "Goethejahr" geprägt worden. Als Mittelpunkt für geplante Veranstaltungen steht an erster Stelle Weimar, danach Frankfurt. Gegen die Art, in der dies Goethejahr vorbereitet und organisiert wurde, sind allerlei Bedenken laut geworden. Man findet es geschmacklos, dass es stellenweise als Reklame zur Hebung des Fremdenverkehrs erscheint und man wehrt sich - vor allem in Kreisen der Selbstschaffenden, der Schriftsteller - dagegen, dass gerade diese Selbstschaffenden beiseite geschoben werden, die Vorträge in der Goethewoche so gut wie ausschliesslich Vertretern der Literaturwissenschaft an Universitäten übertragen worden sind. Dieser Vorwurf ist nicht unberechtigt. Wir sind in literarischen Gesellschaften verschiedener Art gewöhnt, das ästhetische und theoretisierende Moment überstark in den Vordergrund geschoben zu sehen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es einen Kreis von "Goethephilologen", der kleinste Kleinigkeiten äusserlicher Art wichtig fand. Einer schrieb einmal ausführlich darüber, dass Goethe gern Teltower Rübchen gegessen habe, weil er in einem Briefe seinen Berliner Freund Zelter bittet, ihm etwas von dem genannten edlen Bodenerzeugnis zu schicken.

"Wer was Lebend'ges will beschreiben,
Sucht erst den Geist hinaus zu treiben,"

so charakterisiert Goethe im "Faust" solche Kathedergelehrsamkeit, bei der kein Leben übrig bleibt.

Aber Goethe ist nicht nur für seine Zeit lebendig, sondern, wie ich ihn

sehe, verwachsen mit den grossen Menschheitsproblemen verschiedener Art, die uns auch heute beschäftigen. Er hat Formen veränderter Lebensgestaltung, um die wir kämpfen, vorausgeahnt. Hätte man das gegenwärtig aufgezeigt, so würde ein Goethejahr ganz anders als Erlebnis die breite Masse des Volkes erfassen können. Dies geschieht nicht - das muss man sich offen eingestehen - und dafür trägt nicht nur der Druck der Zeit Schuld. Vielmehr rührt das daher, dass Goethes Wesen zwei Seiten hatte, eine, die menschliches Erleben tief und leidenschaftlich fasste, eine zweite, die sich dann bei dem Alternden mehr und mehr in den Vordergrund schob: die Art des abgeklärten Schönheitsmenschen, der die Harmonie suchte. Noch mehr aber trägt die Einseitigkeit Schuld daran, dass dies zweite Bild immer wieder herausgestellt wurde in der literarischen Art von Kreisen, die sich beider Pflege von Goethes Gedächtnis in den Vordergrund stellten. An der Spitze der Goethegesellschaft stand jahrelang der ultra-reaktionäre Berliner Professor Rösche. Die Gesellschaft lehnte vor zwei Jahren Thomas Mann als Vorstandsmitglied auf Grund seiner politischen Einstellung ab. Mit dieser Einseitigkeit geschieht Goethe Unrecht.

Vor einigen Jahrzehnten begann Kerschenssteiner den Kampf für die "Arbeitsschule" anstelle der früheren "Lernschule". Der Kampf für eine freiere Gestaltung des Lebens in der Schule ist speziell von der sozialistischen Lehrerschaft geführt worden. Das Vorbild gibt Goethe in "Wilhelm Meisters Wanderjahre" mit der pädagogischen Provinz.

In den "Wahlverwandtschaften" gipfelt das ganze Problem der Ehe in der notwendigen seelischen Zusammengehörigkeit von Menschen, die an einen andern Partner ehelich gebunden sind. Daneben wird die Frage der Zeitehe erörtert, die nur auf fünf Jahre geschlossen wird, einer Probeehe; dreimal soll man probeweise heiraten und ohne weiteres geschieden werden können, ehe eine Ehe als unlösbar gilt; ja, sogar einen Eheberater zeigen die "Wahlverwandtschaften".

Goethes Stellung zur Rechtsprechung, um deren zeitgemässe Gestaltung wir täglich kämpfen, äussert sich in Worten, wie: "Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort" - und weiter: "Vom Rechte das mit uns geboren, von dem ist leider nie die Frage." - Goethe dachte dabei an das sogenannte "Naturrecht", das damals propagiert wurde, aber ist nicht der Kampf um das Recht, das mit uns geboren, auch der eigentliche Kampf des Sozialismus? Und die Frage der Einwirkung der Lebensumstände auf schuldhaftes Verstricken ist wohl kaum jemals schärfer beantwortet worden als in der Anklage gegen die Gesellschaft:

Ihr lasst den Armen schuldig werden,
Dann überlasst ihr ihn den Pein.

Im "Faust" hat Goethe die Tragödie der unehelichen Mutterschaft dargestellt, aber - Goethe als Minister hat dem Todesurteil über eine uneheliche Mutter zugestimmt, die ihr Kind getötet hatte. Darin zeigt sich die Zweiseitigkeit seines Wesens, die ich so sehe: Was Gesetz und Ordnung ist, muss gewahrt werden, auch wenn es innerem Empfinden nicht entspricht. Strafe ist Sühne: Gretchen wird "gerichtet" und dadurch "gerettet". Ähnlich ist der Gedankengang; wenn in den "Wahlverwandtschaften" die Heiligkeit der Ehe betont wird und gleichzeitig sich alles Empfinden gegen die bindende Form, an der zwei Menschen zerbrechen, sträubt. Dies Binden an äussere Ordnung, an die Form, das ist die zweite Seite von Goethes Wesen, die mehr und mehr vorherrschend wird, das Verlangen nach ruhigem Gleichmass, harmonischer Lebensgestaltung, vielleicht eine Reaktion gegen früheren Uberschwang. Dies Sehnen nach Harmonie hat man als Griechentum, ein Leben in Schönheit bezeichnet. Und hier ist Goethe uns fremd mit seinem Griechentum, das nicht selten akademisch literarische Kreise gerade in den Vordergrund stellen. Fremd ist Goethe auch der Gegenwart geworden in seinem bedächtigen Prosastil, der nicht mehr dem raschen Tempo unserer Zeit entspricht, in den man sich schwer hineinliest, der ungewöhnlich viel nachdenkliche Betrachtung enthält. Fremd ist uns ferner manches

Grundsätzliche seiner Lebensauffassung. Gegenüber seinem Ausspruch "Dienen lerne bei Zeiten das Weib nach seiner Bestimmung", werden wir es lieber mit Bebel halten, nach dem die Frau an der Seite des Mannes tätig für den Sozialismus eintritt und sich dadurch befreit. Aber nicht vergessen wollen wir, dass Faust den höchsten Augenblick erlebt in dem Gedanken, "auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen" in schaffender Arbeit. Man sollte es vermeiden, an die Stelle dieses lebendigen Goethe etwa ein ästhetisch geglättetes Götzenbild zu setzen, vor dem wir nicht anbeten können.

Henni Lehmann.

Vorfrühling.^x

Die Welt ist grau -, der Nebel zieht
Noch winterlich durch dein Gemüt.
Die Bäume stehn verdrossen
Und fühlen sich, verwelkt, verblüht,
Zum Dauerschlaf ertschlissen.

Und doch -, es lenzt schon ganz diskret,
Wenn man durch Park und Strasse geht.
Die ersten Knospen sehn dich an
Und fragen traurig, windverweht,
Ob man die Bäume heizen kann. - -

Die Bank im Park, auf der du sitzt,
Wenn du dich seelisch leicht erhitzt,
War winterlich verblichen.
Jetzt lächelt sie bereits verschmitzt.
Man hat sie frisch gestrichen.

Der Frühling kommt. Der Preis zieht an,
Weil er nicht an sich halten kann.
Herr Goerdeler steht kammerschwer
Und fühlt sich als geschlag'ner Mann.
Den fängt er wohl so bald nicht mehr!!

In Harzburg ist der Lenz erwacht.
Die "deutsche Front" zieht in die Schlacht.
Ist sie auch so zerknittert,
Dass sie in allen Fugen kracht,
Sie glaubt, dass jeder zittert.

Hie Düsterberg, dort Hitler-Heil!
Hier Papp-, dort Wotans Donnerkeil!
Hei, wie die Späne fliegen!
Sie werden, jeder auf sein Teil,
Die gleichen Prügel kriegen.

Der Frühling kommt. Die Luft geht schwer.
Wir dulden Hitlers Brut nicht mehr.
Der Sturmwind, den die Not entfacht,
Fegt die Verderber vor sich her. -
13. März: die erste Schlacht!

Kurt Kaiser blüth.

Das Wohlbehagensstühlchen.^x

SPD. Wie sage ich's meinem Leser?

In Frankreich, wo man es vorzüglich versteht, heikle Dinge in angenehmen Umschreibungen zu bezeichnen, nennt man einen kleinen Raum, inden sich der Mensch zur Regelung seiner Verdauung zurückzieht, ein "cabinet d'aisance" (Kabinett des Wohlbehagens). Da muss man wohl jenes historische kleine Nussbaumstühlchen aus dem Gebrauch eines Hohenzollern, dessen Sitz mit einer runden Öffnung versehen ist, als "Wohlbehagensstühlchen" bezeichnen. Es ist nicht etwa ein Kinderstühlchen, sondern eins, das man mit vieler Mühe auftreiben musste, als der "Hochselige" spätere Kaiser Wilhelm I. als preussischer Prinz (so um 1830) auf Freiersfüssen ging und bei seiner Brautfahrt durch ein sächsisches Mittelstädtchen kam.

Natürlich konnte man dem hohen Herrn doch nicht zumuten, bei der Erledigung eines Bedürfnisses, zu dem man keinen Vertreter brauchen kann, sondern das jeder, auch der höchstgestellte Mensch persönlich verrichten muss, den Ort aufzusuchen, der den gewöhnlichen Sterblichen für solche Zwecke vorbehalten ist. Schliesslich also fand man diesen Stuhl. Er hatte eine hübsche Armlehne, sodass alles in gehöriger Bequemlichkeit vor sich gehen konnte.

Als nun der hohe Herr das Städtchen wieder verlassen hatte, da brachte man es in der ehrsamem Bürgersfamilie, aus der dieser Stuhl stammte, nicht übers Herz, den Stuhl wieder seiner Bestimmung in der Familie zurückzugeben. Es wäre ganz gewiss gegen die gebührende Ehrfurcht gewesen, diesen Stuhl durch bürgerliche Benutzung zu entweihen. "Die Stätte, die ein hoher Herr benutzt, ist eingeweiht für alle Zeiten." Jahrzehnte hindurch wurde also das Stühlchen stauenden Besuchern gezeigt: "Hier hat der hochselige Kaiser Wilhelm I." usw. Schauer der Ehrfurcht sollen sich immer über die ergriffenen Beschauer ergossen haben.

Bis sich dann eine entartete Nachkommin der Familie fand. Die war schlimm genug, republikanisch zu sein. Sie nahm das Stühlchen her, stickte zum Hohn eine Rosenkranzdecke für die Öffnung, damit man doch auch die Vorstellung eines starken Duftes hätte, und nahm dies Sitzgerät in tägliche Benutzung. Sie war so gar verdorben genug, die Erinnerung an den hohen Hergang bei der Benutzung des Stuhls in einem satirischen Gedichte wachzuhalten und sich über ihre Vorfahren lustig zu machen, die vor diesem Stühlchen in Ehrfurcht erstorben waren.

In Potsdam ist das Königliche "Wohlbehagensstühlchen" heute noch zu sehen
S. Pötter.

SPD. Kriegsgreuel im Altertum.^x Die blutigen Schreckensbilder des Krieges die wir neuerdings bei der Beschiessung Shanghais vor Augen hatten, wecken Erinnerungen an Kriegsgreuel früherer Zeiten. Einen der scheusslichsten beging der Vater des Hannibal, Hamilkar, der die Karthager gegen die aufständischen afrikanischen Vasallenvölker führte. Er besiegte diese, liess die Anführer kreuzigen und tausende von Gefangenen von Elefanten zertrampeln. 4000 Aufständische wurden von der karthagischen Reiterei in einem engen Gebirgstale zusammengetrieben. Unter diesen entstand zunächst eine grosse Hungersnot, sodass sie ihre eigenen Gefangenen schlachteten und deren Fleisch verzehrten. Als sie dann aus dem Tale hervorbrechen wollten, liess Hamilkar auf sie seine Elefanten los, die sie alle zertraten, sodass kein Einziger sich retten konnte. Selbst in der harten Welt des Altertums erregte diese Grausamkeit allgemeines Entsetzen.

Deutscher Reichstag

58. Sitzung vom 24. Februar 1932.

SPD. Bei Eröffnung der Sitzung erklärt Reichstagspräsident Löbe, die Störungen in der Dienstag-Sitzung gäben ihm Veranlassung, für den Fall der Wiederholung solcher Störung die schärfsten Massnahmen anzukündigen.

Reichswehrminister Groener

nimmt vor der Fortsetzung der Aussprache zu folgender Erklärung das Wort: Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn am Dienstag durch den Abg. Dr. Goebbels der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt und der die Front auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach, (lebh. Beifall) in Verbindung mit Deserturen gestellt wurde. (Abg. Dr. Goebbels (NatSoz): "Das ist nicht geschehen, Herr Minister!") Es ist um so unerhörter, wenn das ein Mann auszusprechen wagte, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt. (Lebh. Zustimmung) Das kann der Grösse des Feldmarschalls ebenso wenig Abbruch tun wie der Verehrung, die das deutsche Volk ihm wegen seiner treuen Pflichterfüllung in Krieg und Frieden entgegenbringt (lebh. Beifall). Als Mitglied der Reichsregierung und als Wehrminister fühle ich mich verpflichtet, diese ungeheuerliche Bemerkung, als eine Beleidigung nicht nur des Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes aufs schärfste zurückzuweisen.

Die Erklärung des Ministers wurde von der Mehrheit mit stürmischem Beifall, von den Nationalsozialisten mit lärmenden Protestrufen aufgenommen. Von ihnen und den deutschnationalen wurden Zurufe gegen den Regierungstisch gerichtet. Reichskanzler Dr. Brüning sprach erregt auf einzelne Deutschnationale ein.

Präsident Löbe erklärte unter dem Beifall der Mehrheit, er weise die Abgg. Dr. Ley (NatSoz) und Kleiner (Dnat) wegen dauernder Störung und beleidigender Zurufe aus der Sitzung aus.

Abg. Dr. Frick (NatSoz) protestierte kurz gegen die Minister Erklärung, aber der Präsident sagte, er lasse persönliche Bemerkungen jetzt nicht zu. Als nächster Redner in der Aussprache erhielt dann

Abg. Dr. Breitscheid (Soz)

das Wort:

Wir können uns nicht vorstellen, dass die Nationalsozialisten auf der Reichstagstribüne für die Präsidentschaftskandidatur Hitlers Propaganda machen wollen. Denn derselbe Goebbels hat doch im Berliner Sportpalast Herrn Hitler schon als gewählt proklamiert. (Heiterkeit) Die Nationalsozialisten wollen ja diese Tribüne hier nur benutzen, um Beschimpfungen und Verunglimpfungen gegen die Sozialdemokratische Partei zu schleudern. Darauf gehe ich nicht weiter ein. Das hat man Freund Dr. Schumacher bereits gestern vollkommen besorgt. Sich noch weiter mit der Rede des Herrn Goebbels zu beschäftigen, hiesse ihm eine Ehre erweisen, der er unserer Meinung nach nicht würdig ist. (Sehr gut! links und in der Mitte.)

Mit besonderer Genugtuung stellen wir fest, dass die Nationalsozialisten in der Sozialdemokratie den Hauptfeind erblicken. Alle Hinweise, dass Hindenburg das Werkzeug des von ihnen gehassten und für verbrecherisch erklärten Systems sei, sind der letzte Versuch, den Reichspräsidenten zum Bruch mit dem System zu bringen, was ihm vielleicht noch jetzt die Möglichkeit eröffnen würde, von der nationalen Front begnadigt zu werden. (Zuruf rechts: Wir gönnen ihm euch!) Dieser Zuruf sollte gewiss nicht ein Lob für Herrn von Hindenburg sein, sondern eine neue Herabsetzung, die ich feststelle! (Sehr gut! links und in der Mitte.) Gewiss haben wir 1925 die Kandidatur Hindenburgs

bekämpft, wir sahen in ihm den Vertreter von Anschauungen, die nicht die unseren sind. Das gilt heute wie damals. Herr von Hindenburg ist der Vertreter einer Weltanschauung, die mit der unseren nichts zu tun hat. Er ist der Vertreter eines konservativen Systems, das im Gegensatz zu den Bestrebungen der Sozialdemokratie steht. Vor sieben Jahren bestand aber die Befürchtung, dass Herr von Hindenburg als Reichspräsident sich zu Schritten bewegen lassen werde, die den Bestand der republikanischen Verfassung gefährden könnten. (Vor der äussersten Rechten ertönen wieder gellende Pfiffe, wie gestern. Die Linke fordert stürmisch, dass diese Buben hinausgeworfen werden. Präsident Löbe erhebt sich, worauf das Pfeifen eingestellt wird.) Zu unserer Auffassung hatten wir umsomehr Anlass, als diejenigen, die Herrn von Hindenburg damals auf den Schild erhoben, solche Massnahmen von ihm erwarteten und diesen Hoffnungen offen Ausdruck gaben. Bei der damaligen Siegesfeier des Nationalverbandes deutscher Offiziere sagte Dr. Everling in einer Rede, die Wahl Hindenburgs bedeute den ersten Schritt zur Wiederherstellung einer monarchischen Verfassung in Deutschland. Wir sind in dieser Beziehung vom Reichspräsidenten Hindenburg angenehm enttäuscht worden. (Zustimmung links und in der Mitte. - Aharufe der Komm.) Der Reichspräsident hat nichts unternommen, um die Verfassung zu verteidigen. Es mag im Wahlkampf 1925 manches scharfe Wort gefallen sein, aber niemals auch nur annähernd solche Beschimpfungen, wie sie die Parteien der Rechten gegen den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gerichtet haben. Am 19. Mai 1925, unmittelbar nach der Wahl Hindenburgs erklärte ich hier im Namen und Auftrag der Sozialdemokratischen Fraktion: "Die Demokratie verlangt, dass wir uns dem verfassungsmässigen Volksentscheid fügen. Wir werden nicht aufhören Gegner der von Herrn von Hindenburg vor der Wahl vertretenen politischen Ideen und seiner politischen Auffassung zu sein. Aber wir bringen dem Präsidenten den Respekt entgegen, der ihm als Person und der vor allem seinem Amt gebührt, solange er sich innerhalb der von ihm beschworenen Verfassung bewegt."

Reichspräsident von Hindenburg hat die Hoffnungen vieler seiner damaligen Anhänger enttäuscht. Er hat seinen Eid gehalten, und das ist es, was ihm die Nationalsozialisten am meisten vorwerfen. 1925 ist er von der Rechten in Poesie und Prosa als "der Retter" gefeiert worden. Heute gilt er als schwächliches Organ des von der Rechten bekämpften Systems. Wie lange ist es her, dass die Rechte "mehr Macht für den Reichspräsidenten" gefordert hat?! Jetzt wollen dieselben Leute diese Macht des Präsidenten auf das äusserste einschränken; sie verlangen, dass der Reichspräsident über den Reichstag hinweg einen Kanzler, der ihnen nicht gefügig ist, durch einen Kanzler, der das Vertrauen der nationalen Opposition hat, ersetzt. Wochenlang ist der Handel und der Kuhhandel darum gegangen. Auch aus der Rede des Herrn Goebbels klang sein Wort hindurch: "Wollt ihr unsere Ware, so gebt uns euer Geld!" Das neisst, wollt ihr unsere Stimmen, so gebt uns die Macht. Wir haben die grosse Besorgnis, dass der jiddische Händlergeist in bedenklicher Weise den Geist des Herrn Goebbels bereits umstrickt hat. (Heiterkeit und Beifall links und in der Mitte.) Man wirft Herr Brüning seine Notverordnungen vor. Aber wir wissen, dass ein Kanzler der Rechten noch ganz andere und für die Arbeiterschaft noch viel schädlichere Notverordnungen machen würde. Da nun die nationale Front ihr Ziel nicht mit Hindenburg erreichen kann, soll es ohne oder gegen ihn geschehen. Der Retter von ehemals wird zum alten Eisen geworfen und ein neuer Befreier Deutschlands wird gesucht. Aus dem Zusammentreten der Harzburger Front ist allerdings nur ihr Auseinanderfallen geworden. Man konnte sich nicht einigen. Man wird uns gewiss nachher sagen, dieses lange Hin und Her sei nur Taktik gewesen, um uns zu verwirren und durcheinanderzubringen. Aber selbst in der Rechtspresse werden Bedenken laut gegen diese ZerreiSSung der nationalen Front und gegen die Aufstellung von zwei Kandidaten. Uns bringen Sie nicht in Verwirrung. (Stürmische Zustimmung der Soz.) Mit dem Kandidaten der Deutschnationalen und des

Stahlehlms brauche ich mich nicht mehr zu beschäftigen, der wird ja im Wahlresultat doch nur unter "Ferner Liefen" erscheinen. (Heiterkeit links.)

Ueber die Kandidatur Hitlers bin ich allerdings ebenso erfreut wie Goebbels, wenn auch nicht aus denselben Motiven. Wir freuen uns über die Gelegenheit, dem Herrn Hitler und nicht einem seiner Leutnants eine Niederlage bereiten zu können. Allerdings, bis zur Stunde ist Hitler noch nicht deutscher Staats- und Reichsangehöriger, wenn auch sonst seine Fähigkeiten sowohl zum Gendarm wie zum Hochschulprofessor, zum Beamten wie zum Minister reichen sollen. (Heiterkeit links und in der Mitte.)

Wenn Groener und General Schleicher die Handlungsweise der Nationalsozialisten auch persönlich leicht nehmen, der Staat kann sie nicht leicht nehmen. (Stürmischer Beifall in der Mitte.) Alles andere tritt heute vor dem Gedanken zurück, den Staat vor dem Faschismus zu bewahren und dem deutschen Volk die Freiheit zu erhalten. Wir werdendeshalb den Kandidaten unterstützen, der die meiste Aussicht hat, die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen. (Stürmischer Beifall der Sozialdemokraten, Zurufe der Kommunisten.) Der Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie und die Aufstellung einer eigenen Kandidatur ist der Kampf für Hitler.

Breitscheid weist darauf hin, dass Hitler nur das hätte tun sollen, was auch alle anderen tun müssen, wenn sie die Staatsbürgerschaft erhalten wollen. Jetzt werden alle Hintertüren geöffnet, um diesem "verdienten Mann" die Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Nun frage ich Sie, meine Herren Nationalsozialisten, was würden Sie sagen, wenn ein Sozialdemokrat auf solche Weise sich das Staatsbürgerrecht erschleichen wollte? Was bei uns aber "Korruption" genannt wird, das ist bei Ihnen der Ausfluss "nationaler Gesinnung". (Beifall.)

Ich gebe zu, dass der Boden der Demokratie durch das System der Notverordnungen jetzt eingeengt ist. Aber wir vergessen nicht, dass dieser Zustand erst durch die Wahl vom 14. September 1930 ermöglicht worden ist. Aber die Grundlage der demokratischen Verfassung ist noch da, kommt das Hitlertum jedoch zur Macht, dann ist das Fundament beseitigt, auf dem die Freiheiten des Volkes beruhen. Die Nationalsozialisten haben ja auch ein sogenanntes Staatsprogramm, aber es ist unklar, was eigentlich darunter zu verstehen ist. Durch die vielen Kommentare der Führer und Unterführer ist darin auch noch keine grössere Klarheit geschaffen worden. Nur das eine steht fest, dass alle Kommentare darauf hinauslaufen, die Rechte der Mehrheit des deutschen Volkes zu beseitigen. Hitler selbst sagt in seinem Buch "Mein Kampf": Die Mehrheit kann "den Mann" nicht ersetzen. Wer "der Mann" ist, das spricht Hitler freilich nicht aus. (Heiterkeit.) Die Nationalsozialisten wollen die Diktatur einer Minorität über die Mehrheit errichten. Die Erlebnisse der letzten Zeit sind aber höchst charakteristisch für diese Diktatur. Ohne Hitlers Wissen und ohne seine Verantwortung soll nichts in der nationalsozialistischen Bewegung geschehen. Aber wo war der Diktator, der "Mann"? Herr Hitler hat handeln und verhandeln müssen, ehe er zu einem Beschluss kommen durfte. Wenn die Diktatur einen Sinn hat, so ist es doch der, schnell zudurchgreifenden Beschlüssen zu kommen. Hier haben Sie aber gesehen, wie die Cliquen und Gruppen miteinander gefeilscht und gehandelt haben, dass ein Kampf der Diktatoren untereinander entbrannt ist und dass "der Führer" zu Beschlüssen erst gezwungen werden musste. Dieses unverantwortliche und verantwortungslose Cliquenwesen kennzeichnet das Wesen der Diktatur, die die Nationalsozialisten erstreben, und das Volk soll diesen Cliquen ausgeliefert werden. (Beifall)

Breitscheid bespricht dann die Stellung der Nationalsozialisten zur auswärtigen Politik. Glauben Sie mehr zu erreichen als bisher erreicht worden ist, wenn Sie erst in der Regierung sind? Glauben Sie, dass Frankreich zu Verhandlungen bereit sein wird, wenn Herr Goebbels im "Angriff" Frankreich als Scharken bezeichnet? Die Nationalsozialisten haben vor der letzten Wahl ver-

kündet, dass der Young-Plan zerrissen werden soll. Als aber ein kommunistischer Antrag auf Einstellung der Reparationszahlungen im Ausschuss verhandelt werden sollte, haben sich die Nationalsozialisten der Stimme enthalten. (Hört, hört) Jetzt liegt ja ein neuer Antrag der Kommunistenvor, der wiederum die Einstellung der Reparationszahlungen verlangt. Wir sind gespannt darauf, ob die Nationalsozialisten jetzt dafür stimmen werden. Bei diesen Ausführungen verüben die Nationalsozialisten grossen Lärm. Einer von ihnen wird aus dem Saale verwiesen. Daraufhin verlässt die Fraktion der Hakenkreuzler unter Schimpfereien auf die Mehrheit den Saal.

Breitscheid fährt fort: Ich bedauere, dass die Herren Nationalsozialisten den Saal verlassen haben. Ich glaube allerdings nicht, dass sie etwas aus meinen Ausführungen lernen könnten, denn dafür fehlen bei ihnen alle Voraussetzungen. (Heiterkeit). Der kommunistische Antrag hat allerdings noch einen zweiten Teil. Es wird darin beantragt, dass auch alle Privatschulden an das Ausland gestrichen werden sollen. Ich würde mich nicht wundern, wenn das deutsche Grosskapital der kommunistische Fraktion für diesen Antrag ein Dankschreiben übermitteln würde. Denn er besagt ja nichts anderes, als dass er die Grosskapitalisten, die vielfach in leichtfertiger Weise im Auslande Kredite aufgenommen haben, jetzt auf Veranlassung der Kommunisten ihre Schulden los werden sollen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Von nationalsozialistischer Seite ist uns immer wieder der Vorwurf gemacht worden, dass wir Verständigungspolitik getrieben hätten. Warum haben wir diese Verständigungspolitik getrieben? Doch nur deshalb, weil wir Schlimmeres vom deutschen Volke abwenden wollten, weil wir nicht haben wollten, dass fremde Truppen noch weiter auf deutschem Boden weilen sollten. (Lebhafter Beifall.) Goebbels hat im "Völkischen Beobachter" geschrieben, dass auch die Nationalsozialisten sich vor dem Zwange der Tatsachen beugen wollten. (Hört, hört) Also auch die Nationalsozialisten wollen die Verständigung mit Frankreich. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an den Briefwechsel, den Hitler nach den Septemberwahlen mit einem der schlimmsten französischen Nationalisten, mit Hervé geführt hat, und in dem auch die Verständigung mit Frankreich angeboten wurde.

Jetzt ist noch die Frage aufzuwerfen, mit welchen Mitteln soll denn die Herrschaft des Nationalsozialismus errichtet werden? Mit den Mitteln, so sagen sie selber, so sagt ihr Führer, mit den Mitteln der Legalität. Legal, das bedeutet mit Hilfe einer Mehrheit zu Macht kommen. Diese Mehrheit, so sagt aber Herr Hitler, ist eine Versammlung von Dummköpfen und unfähigen Menschen. (Zuruf von den Nationalsozialisten: Da hat er vollkommen recht!) Er hat an Sie gedacht, ganz recht! (Sehr gut! bei den Soz.) Es genügt auch nicht, dass der Führer einer Partei sich vor Gericht zur Legalität bekennt; es kommt darauf an, was seine eigenen Anhänger tun und was sie unter der Legalität verstehen. Das Reichsgericht hat das in einem Urteil vom 21. Februar 1930 sehr deutlich ausgesprochen; es hat der Nationalsozialistischen Partei den Charakter der Legalität ausdrücklich abgesprochen. Und Herr Minister Groener, ehe Sie noch einmal einen Erlass, wie den letzten, über die Legalität der Nationalsozialisten und ihre Aufnahmefähigkeit für die Reichswehr erlassen, sehen Sie sich dieses Reichsgerichtsurteil an.

Und dann, Herr Minister Groener, ich bewundere die Toleranz, die Sie gegen die Nationalsozialisten üben. Sie hatten ja soeben Gelegenheit gehabt, sich mit dieser Partei, die Sie für würdig halten, in der Reichswehr vertreten zu sein, auseinanderzusetzen. Dann erinnere ich Sie daran, dass es einen Tag gab, an dem der Wortführer der Nationalsozialistischen Partei Sie hier im Reichstag einen Eidbrecher und Wortbrecher genannt hat. (Lebhafte Zurufe: Heute wieder!) Soll ich noch weiter von der Legalität der andern sprechen? Vor wenigen Tagen fand in der Pfalz eine Versammlung der Eisernen Front

statt. Dort waren Nationalsozialisten erschienen. Die Polizei hat den nationalsozialistischen Besuchern über 20 Revolver, Schlagringe, feststehende Messer abgenommen (Hört, hört! bei den Soz) Das ist die Legalität, das sind die jungen Leute, die Sie in die Reichswehr aufnehmen wollen.

Es sind eine ganze Reihe von Fragen, über die wir uns mit der Regierung noch auseinanderzusetzen hätten. Wir hätten zu reden über die Preisbildung und die Lohnhöhe. Wir erinnern Sie, Herr Reichskanzler an Ihr Schreiben vom 12. Dezember, das Sie an meinen Parteifreund Wels gerichtet haben. Lesen Sie es noch einmal durch, stellen Sie fest, ob die Voraussetzungen, von denen Sie damals sprachen, eingetroffen sind. Wir werden mit Ihnen auch über die Gefahren reden, die der Arbeitslosenversicherung drohen. Im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich jedoch um die Abwehr der grösseren Gefahr, die das deutsche Volk und die deutsche Freiheit bedrohen. Deshalb haben wir unsere Kraft auf einen Punkt zu konzentrieren. Deshalb, so sage ich, werden wir denjenigen Kandidaten unterstützen, der die meiste Aussicht hat, die Mehrheit der Stimmen gegen den Faschismus zu erhalten. (Zustimmung bei den Soz. Zurufe von den Komm.)

Sie meine Herren von der Kommunistischen Partei, sind ja ganz anderer Meinung. In der letzten Nummer Ihrer Zeitschrift "Die Internationale" heisst es:

"Wir Kommunisten führen bei den Präsidentschaftswahlengenau wie bei den bevorstehenden Preussenwahlen im Rahmen unseres Kampfes gegen das kapitalistische System den Hauptstoss gegen die Sozialdemokratie." (Hört! hört und Pfui bei den Soz. Zuruf von den Komm.)

Nun, meine Herren Kommunisten, wir wissen, was Sie wollen. Sie kennen nichts anderes als den Kampf gegen die Sozialdemokratie und wenn Sie dazwischen rufen: Der Kampf gegen uns sei der Kampf gegen Hitler, so antworte ich: Der Kampf gegen uns und die Aufstellung Ihrer eigenen Kandidatur ist der Kampf für Hitler. (Beifall bei den Soz.) Sie werden 1932 dasselbe Spiel machen, das Sie 1925 getrieben haben. Damals haben Sie Hindenburg zum Sieg verholfen. Wenn es nach Ihnen geht, dann verhelfen Sie diesmal Hitler zum Sieg, und ich kann es verstehen, dass die Nationalsozialisten die Schärfe ihres Schwertes nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen die Sozialdemokratie richten. Vielleicht sagen Sie: Wir werden den Faschismus schneller und leichter überwinden, wenn er einmal zur Macht gekommen ist. Nein, so liegt es nicht. Wir werden gegen den Faschismus kämpfen, auch wenn er einmal zur Macht gelangt sein sollte. Aber es ist hundertmal leichter, ihn von der Macht fernzuhalten, als ihn aus der Macht zu verdrängen, wenn er sie einmal hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Reichswehrminister Groener:

Mein Erlass vom 29. I. d. J. über die sogenannten Wehrverbände und die Einstellung in die Reichswehr hat in einzelnen Lagern zu Missdeutungen geführt, die klarzustellen sind.

Der Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat nach einer Aussprache über diesen Erlass in seiner Dessauer Rede und in einem Brief an mich als das Ziel des Reichsbanners bezeichnet, dem Gerede vom Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Er hat es abgelehnt, dass das Reichsbanner sich mit der Aufstellung illegaler polizeilicher Verbände befasse, ebenso wie dass es sich illegal mit militärischen Organisationen beschäftige. Wenn der neue Herr Bundesführer des Reichsbanners diese seine Richtlinien der Zurückhaltung bei der Leitung und den Einheiten seines Bundes durchzuführen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Machtmittel des Staates berufen sind. In diesem Sinne habe ich Herrn Höltermann geantwortet, dass ich seine loyale Erklärung ganz besonders begrüße und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass

wir uns auf dem Gebiete der körperlichen und geistigen Jugendertüchtigung finden werden.

Die Hauptangriffe gegen den Erlass unterstellen einen Kurswechsel des Reichswehrministers, angebliche Bevorzugung der Nationalsozialisten und die Auslieferung der Reichswehr an politische Einflüsse. An einen Frontwechsel denke ich nicht. Der Kurs der Reichswehr geht geradeaus auf das Wohl des Staates, ich kenne für diesen Kurs nur den Weg der Verfassung. Auf diesem Wege bin ich gewillt, die Machtmittel des Staates nötigenfalls ohne Zögern und rücksichtslos einzusetzen. Mein Standpunkt über die Einstellung in die Wehrmacht ist im Grundsatz unverändert. Ich habe ihn mit den Worten des jetzigen Erlasses im März v. J. im Reichstag festgelegt unter lebhaftem Beifall seiner Mehrheit. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebietet jetzt die Einstellung in die Wehrmacht auch für Angehörige der NSDAP freizugeben unter einschneidenden Sicherungen, auf die ich noch komme.

Man wittert eine Vorleistung an die NSDAP darin. Ich habe niemals meine Hand zu einem politischen Geschäft auf dem Rücken der Wehrmacht geboten. In dem "Leitfaden für den Unterricht" ist vorgeschrieben, dass die überparteiliche Stellung der Wehrmacht zum gründlich verstandenen geistigen Besitz jedes Soldaten werden soll. Man wirft eine solche Erziehungsarbeit auf lange Sicht nicht plötzlich um, indem man mit einer politischen Partei Geschäfte macht. Wohl aber geht eine Vorleistung der Führung der NSDAP meinem Erlass voraus. Das ist der Verzicht auf jegliche Zersetzungsarbeit in der Wehrmacht seit Jahr und Tag, die wiederholt mir abgegebene Erklärung des Führers, dass er jeden Zuwiderhandelnden rücksichtslos aus der Partei entfernen wird. Das Bekenntnis des Parteiführers zur Legalität wurde erstmals sichtbar bestätigt bei seinem Bruch mit dem radikalen Stennes-Flügel. Auch das Reichsgericht hat festgestellt, dass der Führer bestrebt ist, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschliessen. Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP nicht länger vorzuenthalten. Die Befürchtungen, dass die Reichswehr damit der politischen Beeinflussung ausgeliefert werde, begreife ich nicht. Denn ein Reichswehrminister zerschlägt sich doch nicht die eigene hartgeschmiedete Waffe. Der Erlass schliesst grundsätzlich jeden Bewerber aus, der erwiesenermassen an Bestrebungen teilgenommen hat, die auf eine Änderung der Staatsform mit unerlaubten Mitteln gerichtet waren. Es ist in jedem Fall die Auskunft der Polizei einzuholen, und vor jeder Einstellung ist besonders sorgfältig zu prüfen, ob durch die Aufnahme von vorher politisch tätig gewesenen Bewerbern nicht die überparteiliche und unpolitische Haltung der Wehrmacht erschwert werden könnte. Mit solchen Bewerbern werden Protokolle aufgenommen, aus denen hervorgeht, dass sie mit dem Eintritt in die Wehrmacht jede derartige Bindung gelöst haben. Die Einstellung in die Wehrmacht ist also jedem Bewerber gegenüber, gleichgültig, aus welchem Lager er kommt, mit solchen Sicherungen umgeben, dass die unverändert unpolitische Haltung gewährleistet ist. Ausserdem werden alle ausgeschlossen, die den Reichspräsidenten beleidigt, im politischen Kampfe Ruhe und Ordnung gestört oder Kriegsdienstverweigerung gepredigt haben. Damit glaube ich das Gefüge des Staates nicht zu erschüttern, sondern an einer wichtigen Stelle zu festigen.

Die Reichswehr ist seit ihrer Bildung zielbewusst aus der Politik herausgeführt und in der geistigen Haltung nur auf den Staat, in der Arbeit nur auf die sachliche Leistung eingestellt worden. Dass dieses Ziel ganz erreicht ist, hat dieses Hohe Haus bei der letzten Etatsberatung in beinahe geschlossener Einstimmigkeit erneut bekundet. Dieses Gelingen beruht wesentlich auf der getreuen Art der untersten Truppenverbände, wo jeder Führer Ordnung im Hause zu halten entschlossen ist. Ein solcher Geist lässt sich nicht erschüttern, wenn unter den 10 Rekruten, die jedes halbe Jahr bei einer Kompanie

eingestellt werden, ein einzelner politischer Verführer etwa durch alle Sicherungen hindurchgeschlüpft wäre. Der Gegner würde aufgesogen oder in kurzer Zeit von dem gesunden Körper der Wehrmacht wieder ausgestossen werden.

Abg. Dr. Bolz (Ztr) stellt die hetzerische und vergiftende Kritik der Nazis an den Pranger und hält der Rechten ihren Abfall von Hindenburg vor, der vor sieben Jahren ihr Heros gewesen sei. Diesen Leuten auch noch die Macht auszuliefern, wäre ein Unglück für Deutschland. Das Zentrum sei zur Zusammenarbeit mit jeder Partei bereit, die auf dem Boden der Verfassung aufbauende Arbeit leisten wolle.

Abg. von Freytag-Loringhoven (Dnat) sucht die Verderblichkeit des jetzigen Systems besonders an der Aussenpolitik nachzuweisen und verbreitet sich über die verhinderte Zollunion, die nicht vorwärtsgehende Abrüstung, die Reparationspolitik, den Memelfall und den Chinakrieg. Durch den russisch-polnischen Nichtangriffspakt, den das Auswärtige Amt sogar freudig begrüsst habe, habe Polen die Hände gegen Deutschland treibekommen. Die Welt solle wissen, dass auch ein waffenloses Deutschland mit der Kraft der Verzweiflung um sein Dasein ringen werde. Im Weltenbrand, der dann entfacht werde, werde Europa zugrunde gehen. Der Sturz des Systems sei das Ziel des Wahlkampfes, der jetzt beginne. Es sei die tragische Schuld des Reichspräsidenten von Hindenburg, dass er dieses System gestützt habe.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) kommt durch seine Beleuchtung der faschistischen Demagogie in Konflikte mit den Nazis, von denen einige zur Ordnung gerufen werden, als sie mangels anderer Argumente behaupten, die Wirtschaftspartei habe ihre Abstimmung im Oktober erkauft.

Abg. Graf Westarp (Volkskons.) protestiert dagegen, dass Goebbels das Wort Deserteure in einem Atemzug mit der geschichtlichen und vorbildlichen Persönlichkeit des Reichspräsidenten ausgesprochen habe. Der Redner appelliert an die Nazis, doch nicht der Jugend den letzten Rest von Ehrfurcht vor einer solchen Persönlichkeit aus dem Herzen zu reissen. Wenn die NS, wie Goebbels, erklärten, als Opposition alles zu kritisieren, um selbst an die Macht zu kommen, so sei das kein Kampf gegen das System, sondern in diesem System, um es für sich selbst zu gewinnen.

Abg. Dr. Weber-Potsdam (Staatsp.) wendet sich gegen die lügenhafte Agitation der Nazis im Lande. Als der Redner ausführt, 16jährige gehörten überhaupt nicht in die Politik, die Hitlerpartei aber habe zuletzt das Recht, sich über Gewalttätigkeiten zu entrüsten, da sie mit dem politischen Mord begonnen habe, setzen die NS einen Enrsütungssturm in Szene, wobei sie offenbar den Zornesausbruch der Sozialdemokraten vom Vortage über die Goebbelsche Rede-wendung von der "Partei der Deserteure" nachzuahmen suchen. Unter fortwährendem Schimpfen und Toben rücken die NS gegen die Rednertribüne vor, Abg. Strasser will sie zurückhalten, weitere Faschisten kommen aus dem Wandelgang. Da der Redner bedroht zu werdenscheint, eilen einige Sozialdemokraten und Staatsparteilner zu seinem Schutz herbei. Vizepräsident Esser bemüht sich Ruhe zu schaffen und ruft den Abg. Dr. Weber wegen des gegen eine Partei des Hauses gerichteten Vorwurfs, auf dem Wege des politischen Mordes vorangegangen zu sein, zur Ordnung. Die Hitlerleute verlangen aber, dass Weber diese Äusserung zurücknehme und lassen ihn nicht weiternehmen. Vizepräsident Esser unterbricht schliesslich die Sitzung.

Nach kurzer Zeit eröffnet Vizepräsident Esser die Sitzung wieder und teilt mit: Ich habe den Redner gebeten, seine Äusserung zurückzunehmen. Er hat demgegenüber die Absicht geäussert, seine Wendung historisch zu begründen. Auf meine Bitte hat er für heute darauf verzichtet. - Das Wort hat

Abg. Dr. Simpfendorfer (christl. soz. Volksdienst): Die Bekämpfung der Wiederwahl Hindenburgs ist ein Akt der Treulosigkeit und Undankbarkeit, ausserdem eine antinationale Handlung und aus all diesen Gründen eine unutilgbare

Schmach. Mit unserem christlich religiösen Staatsbegriff ist der nationalsozialistische Diktaturstaat mit Entrechtung ganzer Volksschichten unvereinbar. Wir begrüßen es als eine Abkehr von dem nachrevolutionären System, dass die Regierung Brüning, von dem besonderen Vertrauen des Reichspräsidenten getragen, nicht direkt von den Parteien gebildet, mit voller Verantwortung handelt. Wir wünschen eine Befestigung dieses Systems, ob durch Ausbau des Art. 48 oder Änderung des Art. 54 der Verfassung, ist noch zu entscheiden.

Abg. Rosenberg (NS) kritisiert eingehend die Polenpolitik des - gewesenen Aussenministers Dr. Curtius, die gegen die Entdeutschung nichts ausgerichtet und dadurch Deutschland um Ansehen gebracht habe. Als die Faschisten von der Linken an Südtirol erinnert werden, brechen sie in Schimpfen aus. Rosenberg spricht dann vom Memelkonflikt. Der kleine Saisonstaat Litauen kümmerge sich gleichfalls nicht um das grosse deutsche Reich. Durch einen Zuruf von links, wo er denn 1918 bis 1922 gewesen sei, gerät Rosenberg in grosse Wut und antwortet erregt: Erstens ist das eine Lüge und zweitens geht Sie das nichts an! (Heiterkeit und weitere Zurufe links, auf die Rosenberg plötzlich antwortet: Wollen Sie eine Ohrfeige haben? - Entrüstete Rufe links.)

Präsident Löbe rügt die Unterbrechungen des Redners, ruft diesen wegen des Wortes "Lüge" zur Ordnung und entzieht ihm wegen des Ohrfeigenangebots das Wort.

Abg. Rosenberg verlässt die Tribüne, während seine Parteifreunde in einen Proteststurm ausbrechen. Im Lärm schliesst der Präsident nach langem vergeblichem Läuten den Abg. Schaller (NS) von der Sitzung aus, ebenso den Abg. Sprenger (NS). Da dieser der Aufforderung nicht folgt, wird er auf zwei Sitzungstage ausgeschlossen. Der Lärm dauert in unverminderter Stärke fort, sodass der Präsident die Sitzung unterbricht. Während dieser Pause, in der sich verschiedene Abgeordnete der Flügelparteien Zigaretten anzünden, scheint eine Beilegung des Zwischenfalls nicht geglückt zu sein, denn es wird der Ältestenrat auf 18 Uhr einberufen. - Nach fast 1½ stündiger Unterbrechung wird die Sitzung kurz nach 19 Uhr wieder eröffnet.

Präsident Löbe: Das Stenogramm ergibt, dass Abg. Heuck (Kom) dem Abg. Rosenberg zugerufen hat: "Sie waren 1918 - 22 Agent von Deterding!" (Sehr richtig! äusserst links.) Ich hatte diesen Zuruf nicht gehört und rufe jetzt den Abg. Heuck zur Ordnung. Abg. Rosenberg hat erklärt, dass er sich dadurch beleidigt und nicht dagegen geschützt fühlte, dadurch habe er sich zu seiner Drohung hinreissen lassen. Da er sie zurückgenommen hat, nehme ich auch meine Massnahme zurück und werde ihm das Wort wieder erteilen. - Abg. Sprenger hat nur erklärt, dass er seine Drohung (mit der Faust.Red.) nicht gegen den Präsidenten gemeint hat. Ich muss ihm Glauben schenken und nehme seine Ausschliessung zurück. Die Drohung soll ein anderer begangen haben, den ich nicht feststellen kann. Einige andere Zwischenfälle werden auf Grund des Stenogramms noch erledigt werden. - Ich appelliere nochmals an alle, die Beschimpfungen und Drohungen zu unterlassen, die gestern und heute haufenweise vorgekommen sind.

Als nun Abg. Rosenberg wieder das Wort nimmt, werden einige Kommunisten wegen beleidigender Zurufe mit Ordnungsrufen bedacht. Abg. Rosenberg wirft der Deutschen Gesandtschaft in Kowno Energielosigkeit in der Vertretung der deutschen Interessen vor, dem "Vorwärts" Preisgabe deutscher Interessen, Frankreich Abrüstungsabotage, während nur der italienische Faschismus ehrlich die Abrüstung fordere. Dann verlist er Zitate aus der Links- und Zentrums Presse von 1925 gegen die damalige Rechtskandidatur Hindenburgs. Der neue Reichspräsident dem Brüning seine Demission überreichen müsse, werde Adolf Hitler heissen. (Beifall der NS. - Heiterkeit links und in der Mitte.)

Weiterberatung Donnerstag, 12 Uhr. - Schluss 20 Uhr.